

# Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

München, 20. Januar 1894.

Insertate die viergespaltene Beilage oder deren Raum 20 M. Redaktion und Expedition: München, Weizenstraße 12.

## Die Arbeitslosigkeit.

Das neue Jahr hat sich bei der Arbeiterklasse schlecht eingeführt: es hat mit einem plötzlichen Witterungsumschlag zu grimmtiger Kälte begonnen und dadurch Tausenden von Arbeitern mit einem Schläge Beschäftigung und Verdienst geraubt. Aber eigentlich kann man dem neuen Jahre daraus keinen Vorwurf machen, da jeder Jahreszeit ihr Recht gebührt, also dem Winter Schnee und Kälte und mit dem Eintritt derselben eben dieses Recht ausgeübt wird.

Also nicht die Natur mit ihren im Laufe des Jahres sich regelmäßig wiederholendem Wechsel hat der Arbeiterschaft eine Nothlage bereitet, sondern, wenn sie vorhanden ist, tragen die Menschen und die von ihnen geschaffenen Zustände die Schuld daran. Vorhanden ist schon seit Langem bei einem großen Theil der Arbeiterschaft die Noth der Arbeitslosigkeit, aber nicht bloß im Winter, sondern auch im Sommer, sie ist das ganze Jahr hindurch da. Die von Marx als die industrielle Reservearmee bezeichnete Masse der Arbeitslosen ist seit Jahren zu einer permanenten, zu einer normalen Einrichtung der kapitalistischen Gesellschaft geworden.

Dagegen besteht ein Unterschied der Arbeitslosigkeit im Wechsel der Jahreszeiten. Im Winter gibt es regelmäßig mehr Beschäftigungslose als im Sommer; es sind namentlich die verschiedenen Zweige des Baugewerbes, welche beim Stillstand der Bauarbeiten ein großes Contingent zur Masse der Arbeitslosen stellen. Aber auch die Landwirtschaft stellt viele Beschäftigungslose, Knechte und Tagelöhner. Wer schon das Unglück hatte, im Winter wochenlang auf der Landstraße umher zu irren, weiß aus Erfahrung, wie viele ländliche Arbeiter zu dieser Jahreszeit ohne Beschäftigung sind. Mit wahrer Gier wird von kleinen und großen Grundbesitzern im Herbst der Tag erwartet, wo die meisten landwirtschaftlichen Arbeiten gethan sind und die „Kotanten“ Arbeitskräfte des Sommers entlassen werden können. Bei dem Umstande, daß die Landwirthe, welche fremde Arbeitskräfte beschäftigen, eine größere Menge Lebensmittel selbst bauen, sollte man glauben, daß sehr wohl die benötigten landwirtschaftlichen Arbeiter auch die Wintermonate hindurch ernährt, d. h. gehalten werden könnten. Dies geschieht aber in vielen Fällen nicht und es ist dies um so verwerflicher, als die ländlichen Arbeiter im Winter, da ohnehin Tagelöhner und Handlanger in größerer Zahl allerorten arbeitslos sind, nirgends Aussicht auf Wiedererlangung von Beschäftigung haben. Für diese Bedauernswerthen ist die Situation so schlimm, daß man sich nicht wundern dürfte, wenn ein großer Theil derselben auf den Abweg des Verbrechens geriethe.

Erscheint angeichts dieser Thatfachen die beständige Klage der Gutsbesitzer über Mangel an Arbeitern und ihre

reaktionäre Forderung nach Beschränkung der Freizügigkeit in sonderbarem Maße, so nicht minder die Klage über „zunehmende Arbeitslosigkeit, Vagabunden- und Landstreichertum“ etc. Es müßte von großem sozialpolitischen Interesse sein, in der Periode von Anfang Oktober bis Ende März in regelmäßigen Zwischenräumen von je acht Tagen auf allen Herbergen und Verpflegungsstationen die wandernden Arbeiter nach Beruf und Alter zu notiren und in ähnlicher Weise auch in den Gemeinden die am Orte verbleibenden Beschäftigungslosen aufzuzeichnen und dadurch nicht bloß eine Uebersicht über den ganzen Umfang der Arbeitslosigkeit, sondern speziell auch über die Zahl der beschäftigungslosen ländlichen Arbeiter zu erhalten. Die „soziale Fürsorge“ der Agrarier gegenüber ihren Arbeitern würde durch solche Daten in neuem Glanze erscheinen.

Die offizielle Auffassung der Arbeitslosigkeit seitens hochweiser Staats- und Gemeindegovernierungen erschöpft sich bekanntlich in dem Satze, daß eben im Winter Bauarbeiter und noch einige andere Proletarier arbeitslos seien wegen der Ungunst der Witterung, daß dies schon immer so gewesen sei und selbst im sozialdemokratischen Zukunftsstaate nicht anders sein dürfte und daß deshalb kein außergewöhnlicher Nothstand vorhanden sei, der zu außergewöhnlichen Hilfsmitteln Veranlassung gäbe. Es ist dies der Standpunkt des Fatalismus, der überhaupt der Geist der kapitalistischen Gesellschaft ist. Man denkt mit Grausen an einen blutigen Krieg, aber bewilligt immer mehr Soldaten, statt abzurufen und die Wahrscheinlichkeit blutiger Zusammenstöße dadurch zu vermindern oder durch Schaffung internationaler Schiedsgerichte ganz zu beseitigen. Man kennt das furchtbare Wüthen der wirtschaftlichen Krisen, deren Ursachen meist in der Ueberproduktion und der Unterkonsumtion liegen, aber beim ersten Anzeichen von neuerlicher Besserung wird wiederum auf Tod und Leben produziert, um abermalige Ueberproduktion herbeizuführen und man reduziert die Arbeitslöhne noch mehr, um die Unterkonsumtion noch weiter zu vergrößern durch Schwächung der Volkskraft. Seit Tausenden von Jahren sucht man die Menschheit durch Strafgesetze von der Verübung gewisser, als schlecht erklärter Handlungen abzuhalten, aber ohne Erfolg. Dies hindert jedoch nicht, daß die heutigen Strafgesetze durch Konstruirung neuer Vergehen und Verbrechen beständig erweitert und zu den umfangreichen gemeinen Strafgesetzen auch noch Ausnahmegesetze gemacht werden. Bewußt oder unbewußt liegt in diesem Fatalismus der Vertreter und Träger der bürgerlichen Gesellschaft die Erklärung, daß sie aus ihrer kapitalistischen Haut nicht heraus können.

Was nun speziell das oberflächliche Abthun der Arbeitslosigkeit betrifft, so beweist es wieder einmal, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird. Selbst

die Beschäftigungs- und Verdienstlosigkeit der Tausende von Bauarbeitern allein ist eine so wichtige Sache, daß die Regierungen sich mit ihr ernsthaft beschäftigen sollten. Das geschieht aber bekanntlich nicht und zwar aus sehr einfachen Gründen. Erstens wird die längere oder kürzere Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter während des Winters als selbstverständlich, als Naturgesetz erklärt; zweitens erhalten die Bauarbeiter ebenso wie die übrige Arbeiterschaft das ganze Jahr hindurch von den Besitzenden und ihren Anwälten den unentgeltlichen Rath, zu „sparen“ und drittens verweist man allenfalls die hungernden Arbeitslosen an die Armenbehörde, wo sie ein langes Almosen erhalten, um dafür Heloten zu werden.

Daran kommt den Gegnern aller Schattierungen kein Gedanke, daß es eine volkswirtschaftliche Verschwendungsgröbste Sünde ist, Tausende und Hunderttausende Arbeiter wochen- und monatelang zum Müßiggang und zur Noth zu zwingen, statt diese produktiven Kräfte anderweitig anzuwenden und ihnen dadurch Verdienst zu sichern. Ebensovienig kommt den Gegnern ein Gedanke daran, zu fragen, ob die im Winter beschäftigungslosen Arbeiter auch im Sommer regelmäßig Beschäftigung und Verdienst haben. Wir wissen, daß letzteres nicht der Fall ist. Es ist nämlich Thatsache, daß es auch im Sommer arbeitslose Maurer, Steinhauer, Maler, Gypfer, Bauhölzer, Bauhelfer etc. gibt. Es ist ferner Thatsache, daß in Arbeit stehende Bauarbeiter auch im Sommer an Regentagen und auch aus anderen Ursachen nicht arbeiten können und so manche Tage verloren gehen. So gehen von den 365 Tagestagen einschließlich der Sonn- und Festtage, der Arbeitsförderung im Sommer und dem völligen Arbeitsunterbruch im Winter dem Maurer etc. durchschnittlich 153 Tage verloren, so daß ihm noch 212 Arbeitstage verbleiben. Die Tagelöhne schwanken von 3—4 M., so daß ein Jahresarbeitsverdienst von 600—800 M. erzielt wird. Davon soll nun nach dem billigen Rath der Satten der Proletarier so viel ersparen, daß er wochenlang im Winter damit leben kann.

Wie gesagt, kümmern sich um solche Dinge unsere Gegner nicht, sondern sagen mechanisch-gedankenlos ihr Sprüchlein vom Sparen her, wie es seit langer Zeit schon hergeleiert worden ist.

Ebenso gedankenlos ist die Behauptung von den allein beschäftigungslosen Bauarbeitern. Wer es nicht vorher schon wußte, den haben die im vorigen Winter von den deutschen Gewerkschaften in vielen Städten gepflogenen statistischen Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit darüber belehrt, daß alle Gewerbe- und Industriezweige sowie Handel und Landwirtschaft beschäftigungslose Arbeiter stellen. Schuhmacher, Schneider, Form- Dreher, Schmiede, Sieder, Bildhauer, Drechsler, Gerber, Sattler, Tapezierer, Buchdrucker, Buch-

binder, Gutmacher, Kaufleute usw. usw., alle Zweige der Handarbeit sind in der industriellen Reservearmee vorhanden. Die Abrechnungen der Gewerkschaften über geleistete Reiseunterstützung und die statistischen Aufzeichnungen der Naturalverpflegungsstationen belehren uns weiter, daß alle Berufe auch im Sommer eine größere oder geringere Zahl Arbeitsloser aufweisen. Die progressiv von Jahr zu Jahr steigenden Zahlen über gerichtliche Bestrafungen von Bettlern und Vagabunden beweisen ferner die fortschreitende Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Wenn im Winter die Massen-Arbeitslosigkeit zu einer erschreckenden öffentlichen Kalamität wird, wenn sie zu dieser Zeit um so empfindlicher wirkt und um so fühlbarer sich geltend macht, weil eine Reihe von Bedürfnissen höhere und unumgängliche Befriedigung heischen, so sollte gerade darin für die herrschenden Klassen ein um so triftiger Grund liegen, sich mit dieser hochwichtigen und bedeutsamen sozialen Erscheinung ernsthaft zu beschäftigen und nicht mit dem Feuer in Gestalt rhetorischer Phrasen zu spielen. Die Arbeitslosigkeit unserer Tage, in gleichem Umfang und Permanenz früheren Zeiten unbekannt, sollte zum Ausgangspunkt wirklicher Sozialreform gemacht werden, nämlich zur Einführung des Achtstundentages, der vollen Sonntagsruhe, Beschränkung des ununterbrochenen Betriebs mit seiner Nacht- und Sonntagsarbeit auf eine Minimalzahl solcher Werke, bei denen thatsächlich ein öffentliches Interesse in Betracht kommt, Schaffung von Industrien etc. zur Beschäftigung der im Winter zum Ferner gezwungenen Bauarbeiter und Arbeitslosenversicherung mit Beiträgen aus öffentlichen Mitteln. Unseres Erachtens steht der Durchführung dieser Forderungen im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft kein unübersteigbares sachliches Hinderniß entgegen; was ihr heute noch als Hinderniß entgegensteht, ist der böse Wille der Kapitalistenklasse. Ihr heutiges „praktisches“ Auskunftsmittel gegen die Arbeitslosigkeit, Steuerrücken und Erbschaften, die dem arbeitslosen hungrigen Schriftsticker, Maler, Lithographen, Graveur, Mechaniker, Schuhmacher usw. angeboten werden, ist nicht bloß lächerlich, sondern geradezu ein Hohn. Und dem hungrigen Arbeitslosen das bürgerlich degradirende Almosen der Armenbehörde anzubieten, ist beleidigend. Bereits ist der Anfang gemacht, die aus städtischen oder staatlichen Mitteln Arbeitslosen gegebenen Unterstützungen nicht als Almosen mit verwerflichen Folgen zu qualifiziren. Das ist nicht mehr als anständig; aber die Arbeiter wollen auch dies nicht, sondern Beschäftigung und Existenz und diese schafft man durch zeitgemäße sozialreformatorische Maßregeln. Dies ist auch das beste Mittel gegen proletarische Gewaltthaten und gegen die sogenannte Propaganda der That. Der wochenlang Arbeitslose, von Hunger, Entbehrung, der ihm entgegengebrachten sozialen Mißachtung und von der steten

Sejagb durch Gensdarmen zur Ver- zweiflung gebracht, ist in einer Ver- fassung, die ihn zum Dieb, aber auch zum attentäternden Verbrecher geeignet erscheinen lassen. Aber trotz dieser immer drohenden Gruppiron des sozialen Zustands werden die herrschenden Klassen sich noch lange das Leben angenehm machen, ehe sie neue Bahnen betreten. Wenn aber die Arbeiterschaft sich organisiert, die Arbeiter vor dem Fall in's Lumpenproletariat bewahrt, wenn sie überall agitirt und aufklärt, dann wird diese syste- matische und mächtige Bewegung die herrschenden Klassen zwingen, der sozialen Frage mit gebührendem Ernst sich zuzu- wenden. Die Einsicht hat man ja in Deutschland, Dank der Energie der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, bereits errelcht, daß durch Ausnahmegeetze die soziale Frage nicht gelöst werden kann. Wir hoffen, daß durch unseren Einfluß diese Einsicht noch wesentlich erweitert werden wird.

**„Sei fleißig und sparsam, dann wirst Du es zu etwas bringen.“**

„Ein fleißiger und sparsamer Arbeiter kann es immer noch zu etwas bringen“ — so hört man nicht selten solche Leute sprechen, welche behaupten, durch ihren Fleiß und ihre Sparsamkeit es selbst zu etwas gebracht zu haben. Ja, ja, Fleiß und Sparsamkeit sollen zwei der schönsten Tugenden sein, leider geben aber gerade Diejenigen, welche einen so hohen Werth diesen Tugenden beimessen, den vielen, die Tugend Fleiß besitzenden Arbeitern gar nicht die Möglichkeit, auch die Tugend Sparsamkeit praktisch üben zu können insofern, daß der Bedeutung des Wortes „Sparen“ entsprechend auch wirklich etwas erspart, das heißt erübrigt, als nicht er- forderlich zum momentanen Gebrauch auf die Seite gelegt werden kann.

Sparen, und zwar sparen in des Wortes verwegener Bedeutung, muß der Arbeiter tagtäglich, er bringt aber trotz- dem nichts auf die Seite; er muß sparen am Nothwendigsten, weil sein Lohn, den ihn sein Fleiß einbringt, zu knapp be- messen ist. Und bringt der Arbeiter wirklich etwas auf die Seite, so hat er es sich am Munde abgespart, er hat das Ersparte nicht übrig gehabt, sondern er hat es sich zu samengehungert. Das durch Abdarben Ersparte macht den solcher Art Sparenden aber selten zu einem wohlhabenden Manne, in den meisten Fällen sind es nur Nothgroschen, die schnell zusammenschmelzen, wenn nur vorübergehende Arbeitslosigkeit ihn trifft oder ein Krankheits- oder Sterbefall in seiner Familie eintritt. In solchen Fällen reicht oft das Ersparte, oder richtiger ge- sagt Erhaltungsgeld, nicht aus, ja nicht selten muß der von solchem Schicksalsschlag ge- troffene Mensch erst recht hintennach „sparen“, um nur die verbliebenen Schulden wieder begleichen zu können.

Der reine Hohn ist es, wenn dem Arbeiter zugerufen wird: „Sei fleißig und sparsam, dann wirst Du es zu etwas bringen.“ Wenn der Fleiß nicht so viel einbringt, daß es das zur Bestreitung des Lebensunterhalts Nothwendige über- steigt, so hört einfach das Sparen auf.

In der den Arbeitern gegebenen Mah- nung zur Handhabung dieser Tugenden liegt aber eine gewisse Berechnung. Man will mit dem Appell an das Ehr- und Pflichtgefühl, wie es in dieser Mahnung liegt, den Arbeiter zu immer größerem Fleiß anspornen und seine Ansprüche an das Leben in solch' bescheidene Grenzen bringen, daß er sich auch mit den niedersten Löhnen begnügt und seinen Ausbeuter noch als Wohlthäter betrachtet, welcher ihm aus purer Menschenfreundlichkeit Ar- beit und Lohn gibt. Er soll nicht er- kennen, daß sein Arbeitgeber ihn nur beschäftigt, um aus seinem Fleiß für sich Ersparnisse machen zu können: er soll

nicht zu der Erkenntniß kommen, daß sein Fleiß den Reichthum des Unter- nehmers vermehrt, das Sparen bel- naderem Lohn aber für ihn Schädigung der Gesundheit und Verkürzung seiner Lebensdauer bedeutet.

Sich, ganz zuversichtlich streicht der schlau berechnende Fabrikant und der im Dienste des Kapitals stehende Pressfakale den Ar- beitern in den Mund, daß Jeder von ihnen, welcher fleißig und sparsam sei, es selbst zum Unternehmer bringen könne. Und um das ja recht überzeugend nachzu- weisen, führt man in der Regel einen Fall an, wo wirklich ein arm an einen Ort gekommener Mensch es sogar zum großen Fabrikanten gebracht hat. Daß aber bei einem solchen Fall nicht ledig- lich eigener Fleiß und eigene Sparsam- keit des Betreffenden die Ursache seines Emporkommens war, sondern daß haupt- sächlich das Zusammenreffen verschiedener Glücksumstände und — nach einmal er- haltener fester Position — auch die rück- sichtsloseste Ausbeutung der Arbeitskräfte Anderer die Erwerbung eines größeren Vermögens herbeiführen half, das will man nicht gestehen.

Zu behaupten, es sei jedem fleißigen und sparsamen Arbeiter möglich, selbst Unternehmer werden zu können, ist aber ein direkter Unsin, denn da die kapi- talistische Produktion auf der Ausbeutung Anderer beruht, so ist auch ein Empor- wachsen aller fleißigen und sparsamen Arbeiter in den Unternehmerstand geradezu ausgeschlossen. Wenn auch einzelne vom Glück begünstigte Menschen emporkommen, so wird die große Masse der Arbeiter doch davon nicht berührt, sie bleibt trotz aller Anstrengung, trotz Fleiß und Spar- samkeit ihrer einzelnen Theile, auf dem niederen Niveau der Lebenshaltung, auf das sie die heutige privatkapitalistische Produktion gebracht hat. Verbesserungen der Lage der Arbeiter können nicht durch Sparsamkeitslehren — welche, bei den Arbeitern angewendet, nur eine Ver- schlechterung der Lebenshaltung bedeutet — sondern durch die Organisationen, wie sie die Gewerkschaftsorganisation darstellt, und durch die von der Arbeiterklasse als solche auf wirtschaftlichem und poli- tischen Gebiete geübte Thätigkeit herbei- geführt werden.

Wer da spricht, die Großproduzenten seien durch eigenen Fleiß und Sparsam- keit das geworden, was sie sind, oder wer da sagt, die Besitzer großer Betriebe müßten als Muster von Fleiß und Spar- samkeit angesehen werden, der ist ent- weder ein auf die Leichtgläubigkeit der Masse rechnender schlauer Patron, oder ein mit Dummheit geschlagener Mensch. Sehen wir doch, daß persönlicher Fleiß nicht ausreicht, um aus den Erträgen desselben große Ersparnisse machen zu können, sondern daß ein Zusammenwirken vieler Kräfte und niedere Entlohnung des Fleißes Anderer die Ursache der Ver- mehrung des Kapitals ist. Sehen wir doch auch weiter, daß durch Verwendung technischer und kaufmännischer Kräfte es dem Großunternehmer ermöglicht ist, die Leitung des Betriebes vollständig abge- nommen zu bekommen, und daß derselbe, ohne Bethätigung eigenen Fleißes, oft ganz bedeutende Ueberschüsse als Gewinn vom Fleiße Anderer einheimst, also Er- sparnisse machen kann, zu denen er selbst nicht das Mindeste beigetragen hat, die er aber dennoch als „Entbehrungslohn“ einstreichen und anderweitig zur weiteren Gewinnbringung anlegen kann. — Wer Geld hat, kann gegen Bezahlung Andere für sich denken, für sich Projekte aus- arbeiten, gewinnbringende Spekulationen machen und aus der Kraft seines Arbeits- personals große Gewinne herausjücken lassen. — Seinen Reichthum hat er also nicht durch eigenen Fleiß und Sparsam- keit zusammengerafft. Muster von Fleiß und Sparsamkeit sind die Besitzer großer Betriebe so wenig als Diejenigen, welche

für sie die Posanne der Verherrlichung blasen; diese Alle haben ein großes In- teresse daran, die Masse der Arbeiter in den Glauben zu verjagen, daß der Arbeit- geber ein Ausbund von Fleiß und Spar- samkeit sei und daß diese Tugenden ihn zu seiner jetzigen Stellung gebracht hätten.

Der Arbeiter, welcher denken und prüfen gelernt hat, läßt sich nicht mehr das Märchen, daß die im Besitz weniger Personen befindlichen Reichthümer das Produkt der Sparsamkeit seien, un wider- spröchen vorbestimmen, denn er weiß, daß man ihn mit dieser Behauptung nur Sand in die Augen streuen will. Er weiß, daß die Herren Unternehmer das, was sie vom Geschäftsgewinn nach einem gewiß nicht mit Noth und Ent- behrung verbrachten Jahr nicht gebraucht, auf die hohe Rante legen können und dieses dann als ihre Ersparnisse be- zeichnen und als das Resultat ihres Fleißes ansehen. Er weiß aber auch, daß auf diese Art zu „sparen“ keine Kunst ist und bezeichnet es deshalb als Heuchelei, wenn man ihm sagt, er solle sich den Fleiß und die Sparsamkeit der Unternehmer als Muster nehmen und suchen, durch Fleiß und Sparsamkeit es auch so weit zu bringen, wie dieser oder jener Unternehmer es gebracht hat.

Wir sagten oben, daß es der reine Hohn sei, wenn dem Arbeiter zugerufen wird: „Sei fleißig und sparsam, dann wirst Du es zu etwas bringen.“ Kann denn der Arbeiter noch fleißiger sein, als er meistens schon sein muß? Wohl kaum! denn intensiver zu arbeiten, wie heute schon gearbeitet wird — besonders da, wo Akkordarbeit ist — ist kaum möglich; sollte es trotzdem versucht und eine noch größere Leistung durch Ver- längerung der Arbeitszeit erzwungen werden, so kann nur auf Kosten der Ge- sundheit und der Lebensdauer der Ar- beiter dieses zu ermöglichen sein. Selbst da, wo noch nicht durch Akkordarbeit der Einzelne seine Arbeitskraft auf's Höchste anzuspannen gezwungen ist, hat, durch die Rivalität der Arbeiter untereinander selbst begünstigt, sich eine solche Berech- nung der Leistungsfähigkeit herausge- bildet, daß zur Erreichung eines einiger- maßen annehmbaren Lohnes äußerste Kraftanstrengung und große Handfertig- keit als nothwendige Voraussetzung ver- langt wird.

Wenn der Arbeiter seinen Fleiß ent- faltet und seine Kräfte auf's Aeußerste anstrengt, in der Hoffnung, einen Lohn zu erhalten, welcher ihm schließlich die Möglichkeit geben könnte, wirklich etwas zu ersparen, so wird man sehr oft finden, daß diese äußerste Anstrengung die Ver- anlassung gibt, den Lohn als zu hoch bemessen zu erklären und Lohreduktion eintreten zu lassen. Nicht die große Leistung, sondern der hohe Lohn wird beansprucht, und der äußerst fleißige Ar- beiter hat durch seinen ungeheuren Fleiß dazu beigetragen, daß — nicht er, wohl aber sein Arbeitgeber sich noch mehr „er- sparen“ kann.

Die übermäßige Anstrengung der Kraft der Arbeiter gereicht aber nicht nur ihnen persönlich, sondern schließlich auch der Arbeiterklasse zum Schaden, weil dadurch die Arbeitslosigkeit vermehrt und die den Unternehmern angenehme Reservearmee noch mehr vergrößert wird, mit welcher dieselben die in Arbeit stehenden in Schach zu halten suchen, damit sie sich nicht zur Forderung von Arbeitslöhnen versteigen, mit denen sie nicht kümmerlich leben müssen, sondern welche thätiglich zu „Ersparungen“ geeignet wären.

Aus all' diesen Betrachtungen ergibt sich, daß es für den Arbeiter eine abso- lute Unmöglichkeit ist, zu sparen, denn wenn er für seine bis zur täglichen Er- schöpfung gesteigerte Arbeitsleistung einen Lohn erhält, welcher nur zum dürftigsten Lebensunterhalt ausreicht, so bleibt ihm

nichts übrig, um Ersparnisse machen zu können.

Die Mahnung an den Arbeiter: „Sei fleißig und sparsam, dann wirst Du es zu etwas bringen“, ist eine Phrase, welche nur dazu dienen soll, ihn von der Organisation seiner Berufsgenossen fern- zuhalten und ihn zur Erkenntniß seiner Lage nicht kommen zu lassen. Das wissen die Herren Unternehmer, daß wenn der Arbeiter einmal eingesehen hat, wie ver- besserungsbedürftig seine Lage ist, daß er dann auch mit seinen Leidensgenossen vereint für Erringung besserer Zustände eintreten wird; deshalb geben sie ihm die Mahnung, fleißig und sparsam zu sein, mit der Aussicht, dadurch selbst Unter- nehmer werden zu können.

**Die Stärke und Leistungs- fähigkeit der deutschen Gewerk- schaften im Jahre 1877.**

Die Generalkommission der Gewerk- schaften Deutschlands bringt in ihrem Korrespondenzblatt vom 18. Dezember vor. Jz., im Anschluß an ihre zuvor ver- öffentlichte Statistik für 1892 eine solche vom Jahre 1877, welche der bewährte Arbeiterführer August Geib in Ham- burg (gestorben am 1. August 1879) in der Nr. 4 des „Pionier“ vom 26. Jan. 1878 veröffentlichte. Aus dieser Statistik ergibt sich, daß die deutschen Gewerkschaf- ten im Jahre 1877 äußerst schwach waren, trotzdem aber wurden dieselben vom Ver- fasser immerhin als eine respectable Macht bezeichnet; die deutschen Arbeiter könnten stolz auf ihre Schöpfung sein.

Ein Abdruck der Tabelle ist aus Müd- sichts auf den Kostenpunkt, welcher sich da- durch für unser Blatt bedeutend erhöhen würde, nicht möglich; es haben aber die Kollegen an Mitgliedschaftsorten Gelegen- heit, Einsicht in die Tabelle zu nehmen, da das „Korrespondenzblatt“ an sämt- liche Mitgliedschaften unseres Verbandes kommt. Soviel sei aber an dieser Stelle daraus hervorgehoben, daß die damalige Metallarbeitergewerkschaft, welche ihren Sitz in Braunschweig hatte, 4000 Mitglieder in 100 Orten zählte; die un- gefährige Anzahl der männlichen und weib- lichen Berufsgenossen in Deutschland ist mit 350,000 angegeben.

Der Text zu der Tabelle, aus wel- chem das Wesentlichste aus der Tabelle mit ersichtlich, ist so werthvoll, daß er hier wiedergegeben werden soll. Derselbe lautet:

**Zur Gewerkschaftsstatistik.**

Nachdem die gewerkschaftlichen Verhält- nisse durch die im verflossenen Sommer erfolgte Anregung neuerdings wieder einer lebhaften Erörterung unterzogen worden, hielten wir es für geboten, zur Kritik der Kritik so viel Material als nur mög- lich heranzuziehen. Was lange bei den Erörterungen gefehlt hat, und was, wenn vorhanden, manches vorchnelle Urtheil sofort abgeschnitten hätte, das war eine möglichst genaue Statistik der Gewerk- schaften in Deutschland. Diese Statistik haben wir durch Aussendung entsprechen- der Fragebogen an die Gewerkschaftsver- waltungen, sowie durch Benutzung amt- licher Statistiken endlich in der Tabelle fertig stellen können, fertig aller- dings nicht im vollen Sinne des Wortes, aber doch insoweit, als es bei der Kürze der uns gelassenen Zeit und bei den theil- weise mangelhaften Antworten einzelner Verwaltungen möglich war. Haben wir nicht Alles erreicht, so dürfen wir doch sagen, daß ein guter Anfang zum Besser- en gemacht ist. Nur wenige gewerk- schaftliche Vereinigungen fehlen in der Tabelle — die wichtigsten der fehlenden sind die der Hutmacher (Zentralverein mit eigenem Organ), dann der Verein der Steinmetzen (Sitz Leipzig), ferner mehrere kleine Vereine in Hamburg, als: Neep- schläger (Seiler), Posamentirer, Drechsler und Schirmmacher, endlich der Verein

der Schlographen (Holzschnitzer). Von zwei Gewerkschaften mußten wir uns das Material auf privatem Wege verschaffen, da uns die Verwaltung der Maurer und Tabakarbeiter leider ohne Antwort ließen.

Wenn wir die Tabelle überschauen, kann uns die Freude über die Zahl der sozialistischen Gewerkschaften in Deutschland trotz alledem und alledem nicht verborgen werden. Die Gesamtzahl der in der Tabelle genannten Vereinigungen beträgt 30, darunter sind 25 Zentralvereinigungen mit Mitgliedern an mehr als einem Orte, die übrigen 5 sind Lokalvereine. Lassen wir die Gutmacher nicht außer Acht, so beträgt die Zahl der eigentlichen Gewerkschaften 26 und haben diese zusammen dann mehr als 50,000 Mitglieder an etwa 1300 Orten. Das sind stattliche Zahlen — und doch wie klein erscheinen sie, sobald die Gesamtzahl der Arbeiter jener Geschäftszweige, wonach die Gewerkschaften benannt sind, aufmarschiert. Diese Gesamtzahl — Behrlinge ausgeschlossen, — beträgt rund 2 Millionen, so daß davon nur 2 1/2 Prozent, also von 1000 Arbeitern nur 25, den Gewerkschaften angehören.

Nehmen wir die Zahl der Arbeiter (Gesellen und Gehilfen — männlich und weiblich) in den verschiedenen Gewerbebetrieben Deutschlands auf rund 3 Millionen an, eine Zahl, die nicht zu hoch gegriffen ist, dann ergibt sich, daß nur 1 2/3 Prozent aller Gesellen und Gehilfen in Gewerkschaften organisiert sind. Das ist wenig, sehr wenig und wird in der Zahl auch nicht wesentlich geändert, wenn wir die Hirsch-Bolke'schen Gewerkschaften (Dunder ist abgethan), nach ihrer eigenen übertriebenen Schätzung, in Anrechnung bringen. Diese Vereine haben angeblich 25,000 Mitglieder, nur halb so viel wie die sozialistischen Gewerkschaften und können, da sie nur 5/6 Proz. der vorerwähnten 3 Millionen Arbeiter ausmachen, die obige Ziffer von 1 2/3 Proz. nur auf 2 1/2 Proz. hinausschrauben, somit kommt in Deutschland auf 40 gewerbliche oder industrielle Arbeiter nur einer, welcher einer freien, von staatlicher Kontrolle unabhängigen Organisation angehört. Und um dies Ergebnis zu erreichen, sind volle neun Jahre nötig gewesen — eine lange Zeit. Allein trotzdem sind wir erfreut, so gering auch die Erfolge anscheinend sein mögen. Warum wir das sind, ist sehr einfach. Es bedeutet viel, wenn unter 40 auch nur einer weiß, wie viel die Uhr geschlagen hat. Außerdem ziehen wir die schwierigen Verhältnisse in Betracht, unter welchen die Gewerkschaftsbewegung sich auf ihre heutige Höhe emporarbeiten mußte. Schwierig waren diese Verhältnisse besonders für die sozialistische Gewerkschaftsbewegung. Von Anfang an im Kampfe mit den gegnerischen Gewerkschaften hatte sie auch viele Gegner in ihren eigenen Reihen, unter ihren natürlichen Freunden. Bald sollte sich dies noch verschlimmern. Der politische Fraktionsstreit der Sozialdemokraten Deutschlands wirkte zurück auf die gewerkschaftliche Bewegung, und gerade auf sie am meisten, am nachtheiligsten. Daher war ein kräftiges Aufblühen erst möglich, als im Jahre 1875 das Fundament einer einheitlichen Arbeiterbewegung in Deutschland gelegt wurde. Aber nicht allein die eben besprochenen Hindernisse galt es zu überwinden, nein, nicht minder große, die der politischen und staatsanwaltschaftlichen Eingriffe, mußten verbannt werden. Daß dazu ein kräftiger Magen erforderlich war und noch ist, bedarf keiner Begründung. Genug, die Gewerkschaften, niemals ungestört und unbehindert, sind ihrer Feinde bis jetzt stets Herr geworden und das läßt sie uns als einen wichtigen, tüchtigen Faktor in der modernen Arbeiterbewegung begrüßen.

Wie sehr die Hirsch-Bolke'schen Gewerkschaften, trotz aller Harmoniedünnelei, hinter unseren Gewerkschaften zurückge-

blieben sind, beweisen die beiderseitigen Zahlen. Wir haben 50,000, jene nur 25,000 Mitglieder. Allerdings gibt Dr. Hirsch an, daß die Hilfsklassen seiner verschiedenen Gewerksvereine zusammen etwa 42,000 Mitglieder zählen und diese sich auf 800 Orte, oder richtiger 800 Mitgliedschaften, manche an einem Orte, verteilen. Zugegeben, es sei so, so steht doch fest, daß Hilfsklassen, welche ihre Mitglieder zur Hälfte außerhalb der Gewerksvereine haben, als Organisation im Sinne der Gewerksvereine oder gar unserer Gewerkschaften nicht gelten können. Wäre dem anders, so könnten wir eine Menge Hilfs- und Krankenkassen anführen, deren Mitglieder zur Mehrheit im sozialistischen Lager stehen. Die Zahl der Gewerksvereine beträgt — gegenüber unseren 26 — nur 14. Während auf unserer Tabelle 22 Hauptgewerkschaften vertreten sind — die Schlosser und Schmiede gehören zur Branche der Metallarbeiter — umfassen die Gewerksvereine nur folgende: Maschinenbau- und Metallarbeiter, Fabrik- und Handarbeiter, Tischler, Schuhmacher, Maurer und Steinhauer, Zimmerer, Schiffszimmerer, Lithographen, Glasarbeiter, Bergarbeiter, Schneider, Lederarbeiter, Töpfer, Tabakarbeiter. Trotzdem wir nun viel weiter vorgebrungen sind, als die Gewerksvereine, fehlen uns doch noch Organisationen unter den Arbeitern in folgenden wichtigen Gewerbebetrieben: Papierfabrikation, Talg- und Seifenfabriken, Mühlen, Bäckereien, Mälzereien, Brauereien und Brennereien, Barbiergeschäften, Geschäften der Dachdecker und Schornsteinfeger, Kunst- und Handelsgärtnereien, Schlächtereien. Was aber überhaupt fehlt, d. h. am meisten vermißt wird, ist eine starke Organisation unter den Fabrikarbeitern einer- und den Landarbeitern andererseits. Das, was wir hierin aufzuweisen haben, ist nur ein schwaches Meis von Organisation, ist aus zu vielerlei Elementen zusammengesetzt, um kräftig gedeihen zu können.

Die stärkste und älteste Organisation, welche auf der Tabelle verzeichnet steht, ist die der Buchdrucker, nächst ihr an Stärke die der Schiffszimmerer. Beide Organisationen sind insofern als die stärksten zu bezeichnen, als die Hälfte der Arbeiter in den betreffenden Geschäftszweigen zur Gewerkschaft gehören und beiden Gewerkschaften ziemlich Geldmittel zur Verfügung stehen. Bezüglich der Mitgliederzahl kommt zuerst der Tabakarbeiterverein, welcher seit zwölf Jahren rüstig im Vordergrund der gewerkschaftlichen Bewegung gerungen und ebenfalls sekundär sein Schicksal im Trockenen hat. Die übrigen Organisationen sind alle jüngeren Datums und theils erst aus Vereinigungen zweier Organisationen in den Jahren 1875 und 1876 hervorgegangen.

Vergleichen wir die Einnahmen und Ausgaben aller Gewerkschaften, soweit sie auf der Tabelle ermittelt sind, dann ergibt sich ein Ueberschuß von monatlich 6772 M. Wir zweifeln nicht daran, daß unter Hinzuziehung der Tabakarbeiter, Maurer und Gutmacher dieser Ueberschuß sich auf etwa 8000 M. monatlich belaufen wird. Davon fällt der Löwenanteil den Buchdruckern, und zwar mit 3538 M. zu, womit erwiesen ist, daß die übrigen Gewerkschaften zusammen nur 4500 M. monatlich (eine also kaum 180 M.) erbringen. Das ist eine geringe Summe, auf deren Vergrößerung im Interesse der ganzen Gewerkschaftsbewegung zeitig Bedacht genommen werden muß. Wo aber anfangen? Kann der Beitrag erhöht werden? Angesichts der gegenwärtigen Geschäftskrise und der niedrigen Löhne dürfte sich ein Vorgehen nach dieser Seite nicht empfehlen, doch möchten wir es zu geeigneter Zeit keineswegs hintangeseht wissen. Denn so lange nichts für das wichtigste Kampfmittel der Gewerkschaften gethan wird, so lange auch werden die

Gewerkschaften manche Unbill ruhig ertragen müssen. Heute jedoch läßt sich um so weniger für Erhöhung der Beiträge plaidieren, als eben erst die Hilfsklassen nach dem bezüglichen neuen Reichsgesetz seitens der Gewerkschaften ins Leben gerufen wurden. Diese Klassen, schon 16 an der Zahl, sind von nicht zu unterschätzender Bedeutung; sie lassen sich leicht mit etwas Geschick und Ausdauer zu Säulen der Gewerkschaftsbewegung heranzubilden, ja sie müssen herangebildet werden. Nicht allein das ideale oder Klasseninteresse, nein, ganz besonders das materielle Interesse soll die Arbeiter an die Gewerkschaften fesseln.

Wenn wir nun von der Erhöhung des Beitrags vorläufig absehen, kann etwa an der Verwaltung gespart werden? Sie kostet 2169 M. monatlich, macht bei 50,000 Mitgliedern auf einen Mann monatlich 4 1/2 S. Sie ist so billig, weil sämtliche Gewerkschaften nach demokratischen Grundsätzen, nicht durch einzelne Personen, die hoch oben als einzige Autorität stehen, sondern durch Vorstände oder Ausschüsse — vermittelt Verständigung mit dem jeweiligen Geschäftsführer — geleitet werden. Bei einigen Geschäftsführern kommt hier noch in Betracht, daß in ihrem Gehalt zugleich die Entschädigung für redaktionelle Arbeiten mit einbezogen ist. Nur dann, wenn die betreffende redaktionelle Thätigkeit aufhört, kann eine Verringerung der Ausgaben für die Verwaltungen erfolgen.

Nach dieser Seite läßt sich also nur bedingungsweise ein Hebel ansetzen, aber auch dann schwerlich nach der Seite simpler Ersparniß, da fast alle Geschäftsführer Agitatoren sind und sein müssen. Uns scheint überhaupt am Plage zu sein, wenn nicht für die Verwaltung, so doch für die Agitation seitens einzelner Gewerkschaften mehr zu leisten, denn eine geschickte Agitation macht sich stets durch Zunahme der Mitgliederzahl bezahlt. — Eine Verringerung der Reiseunterstützung, welche von 17 Gewerkschaften geleistet wird, ist am Wenigsten rathsam. Das Entgegengesetzte muß hier geschehen. Die Reiseunterstützung ist es zunächst, welche neben dem Arbeitsnachweis durch Gegenseitigkeitsverträge wirksam gemacht werden muß. Dies heißt mit anderen Worten, für Reiseunterstützung ist noch mehr auszugeben als bisher. Erhöhen die Gewerkschaften hier ihre Leistungsfähigkeit, werden sie ihre Organisation entschieden beleben. Der Arbeiter muß eben fühlen, daß seine Verbindung überall hinter ihm steht, erst dann wird sie ihm als ein Stück seiner Existenz ans Herz wachsen. Daß ein gleiches Verhalten bei Arbeitsausschlüssen und Arbeitsentstellungen, welche statutenmäßig vor sich gehen, im Interesse der Gewerkschaften liegt, bedarf keiner Begründung, es versteht sich von selbst. Vorsichtig, sehr vorsichtig muß aber bei Einrichtung von Invalidenkassen verfahren werden, denn sie sind ein Bau in die Zukunft und dazu ein kostspieliger. Dies scheint übrigens allgemein anerkannt zu sein, da erst fünf Gewerkschaften im Falle der Invalidität eine Unterstützung gewähren. Sobald ein Reichsinvalidengesetz vorhanden ist, und es dürfte nicht mehr lange — zu Gunsten der Fabrikanten, indem es sie von der Haftpflicht befreien soll — auf sich warten lassen, wird dieser Theil der gewerkschaftlichen Organisation mehr reifen. Warten wir die Zeit ruhig ab.

Welch nun die gewerkschaftliche Presse. Um diese hauptsächlich dreht sich seit geraumer Zeit die Frage der gewerkschaftlichen Zentralisation, sie ist der Mittelpunkt der zentralistischen und föderalistischen Bestrebungen; ihre Gestaltung wird daher entscheidend auf die weitere Entwicklung des gewerkschaftlichen Lebens in Deutschland einwirken. Infolge der statistischen Tabelle waren Ende 1877 im Ganzen 16 Gewerkschaftsblätter vor-

handen, davon sind 15 namentlich aufgeführt, das 16. ist der „Correspondent in Gutmacher“, welcher in Leipzig erscheint. Von diesen 16 Blättern ist „Der Arbeiter“ jetzt eingegangen, verbleiben also noch 15. Eins dieser Blätter erscheint vierteljährlich 39 Mal, acht erscheinen 18 Mal, vier 6 Mal und zwei nur 3 Mal. Das normale Bedürfnis der Leser wird wohl mit einem wöchentlich 1 Mal erscheinenden Organ befriedigt werden. Daß die Gewerkschaften sich viel von ihren Zeitungen versprechen, läßt sich aus deren meist obligatorischer Einführung schließen. In der That ist ein gut redigiertes Blatt ein vortrefflicher Agitator; darüber dürfte wohl nirgendwo mehr eine Meinungsverschiedenheit obwalten. Allein nun entsteht die Frage, wie ist ein gut redigiertes Blatt am Leichtesten zu beschaffen, wie ist ein gewerkschaftliches Organ überhaupt auf die Höhe derjenigen Leistungen zu bringen, welche den täglich wachsenden Anforderungen auf dem Gebiete des sozialen Kampfes entsprechen?

Bevor wir diese Frage beantworten, wollen wir nachsehen, was je eine Nummer der jetzigen fünfzehn Gewerkschaftsblätter (dennoch 15 Stück) Kosten verursacht. Die Summe ist nahezu 1200 M., wofür allerdings zusammen 87,025 Exemplare geliefert werden. Von letzteren entfallen auf den „Pionier“ 9350, „Vorkämpfer“ 7100, „Banner“ 4000, „Vortritt“ 2900, „Correspondent f. Buchdrucker“ 2500, „Wetter“ 2100, was eine Gesamtsumme von 27,900 ergibt, während die übrigbleibenden 9100 Exemplare sich auf 9 Blätter verteilen. Sehen wir von vornherein den „Correspondent für Buchdrucker“ von unserer Rechnung ab, so bleiben 34,500 Exemplare, welche rund 1070 M. kosten, macht für das Exemplar 3 S. Soweit der Kostenpunkt. Betrachten wir nun den Inhalt der Gewerkschaftsorgane, so müssen wir von vornherein mit bescheidenen Ansprüchen kommen. Fast alle Blätter sind klein — der „Pionier“ ist noch das größte — und folglich können sie nicht viel bieten. Und trotz des wenigen Raumes bieten sie obendrein viel mehr an sogenanntem trockenen Material, Abrechnungen und dergleichen, als solche Artikel, welche der Aufklärung und Agitation dienen. Das liegt in der Natur der Sache: Größe des Blattes, Mangel an tüchtigen Mitarbeitern und hier und da auch an tüchtigen Redakteuren — so erklärt sich Alles. Wer jedoch darunter leidet, das ist die Arbeiterbewegung überhaupt und folglich muß baldigst auf eine Aenderung, eine Wandlung zum Besseren gedrungen werden. Wenige gute Blätter vermögen weit mehr als eine Anzahl solcher Organe, die nie aus dürftigen Verhältnissen und geringer Leistungsfähigkeit herankommen. Daher richten wir denn unseren Blick auf die Gründung eines gewerkschaftlichen Zentralorgans, ohne jedoch leistungsfähige Blätter verdrängen zu wollen. Im Gegentheil geben wir vorweg einen, zwei gewerkschaftliche Hauptorgane bezweckenden Plan der geneigten Erwägung anheim, da es uns in der That um nichts weiter als die Schaffung einer achtunggebietenden gewerkschaftlichen Presse zu thun ist.

Zwei Blätter — eines für die Gruppe der Bau-, Holz- und Metallarbeiter, eins für die Gruppe der Schuster, Schneider, Glaser, Buchbinder, Sattler, Tapezierer, Manufaktur-, Fabrik-, Land- und Handarbeiter — das ginge ohne Zweifel. Die erste Gruppe würde umfassen: Zimmerer 3300, Tischler 5000, Schiffszimmerer 3000, Töpfer 500, Maler 500, Stellmacher 300, Böttcher 500, Korbmacher 300, Goldarbeiter 900, Metallarbeiter 4000, Schmiede 600, Maurer 2500, zusammen für zwölf Gewerke eine Auflage von rund 21,000. Die vorgenannte zweite Gruppe würde für acht Gewerke ein Blatt von mindestens 13,000 Abonnenten schaffen können.

Wird lediglich auf ein Blatt (Zentralorgan) reflektiert, was uns noch mehr gefällig, so ist bei dessen obligatorischer Einführung auf 34.000 Abonnenten zu zählen. Dieses Zentralblatt oder beziehentlich diese beiden Hauptorgane dürfen selbstverständlich nicht klein sein. Sie sollen für alle Gewerkschaften und für die allgemeine Bewegung Raum bieten. Nun ist in Nr. 13 des „Pionier“, Jahrgang 1877, schon eine Berechnung erfolgt, welche ein Format von 1 2/3 des „Pionier“ annimmt — wöchentlich eine Nummer — und darin gipfelt, daß ein solches Blatt bei einer Auflage von 16.000 insgesammt vierteljährlich 5085 Mk kostet, dagegen, wenn jeder Abonnent vierteljährlich 33 S bezahlt, unter Einzurechnung der Annoncengelder, 5640 Mk einnimmt, also alle drei Monate einen Ueberschuß von 555 Mk erzielt. Halten wir an dieser Kalkulation fest, sie sichert uns ein großes, mit guten Redaktionskräften versehenes Blatt zum Preise von nur 2 1/2 S pro Nummer, also 1/2 S billiger, als durchschnittlich eine Nummer der jetzigen Blätter — veranlaßt durch die herrschende Zerplitterung — kostet. Selen wir endlich entschlossen, einem Uebelstand abzuhelfen, durch dessen Beseitigung der Gewerkschaftsbewegung mehr Licht, mehr Kraft zugeführt und der Kampf für das lohnarbeitende Volk außerordentlich erleichtert wird.

Bzüglich des Eigentumsrechtes an einem Zentralblatt bedarf es kaum der Vorschläge. Selbstverständlich muß ein solches Blatt den theilhaftigen Gewerkschaften gemeinsam gehören. Dies läßt sich leicht durch Vertrag regeln. Der gemeinsame Besitz führt den einzelnen Gewerkschaften wieder Kräfte zur gemeinsamen Agitation zu, eine Thatsache, die wir zwar zuletzt erwähnen, die jedoch von großer Tragweite ist. Wie im Zeitungswesen, so kann auch in der Agitation unendlich mehr durch die Zentralisation geleistet werden. Jeder Erfahrene weiß, daß in der richtigen Zusammenfassung und Direktion der vorhandenen Agitationskräfte das Geheimniß durchschlagenden Erfolges enthalten ist. Und der Erfolg, der Fortschritt thut uns Noth. Die Gegner sind rühriger denn je, die Arbeitgeber brüden den Bohn herab, der Bundesrath beantragt die Arbeitsbücher, das ist die Einschränkung der Koalitionsfreiheit, die Gewerksvereine und Meisterverbände denunzieren uns, die Pfaffen werfen als Staatssozialisten ihre Netze aus, kurz, die „reaktionäre Masse“ ist in Bewegung.

Wir schließen unsere Arbeit mit dem Wunsche, daß sie nicht vergeblich sein möge. Der Stein des Anstoßes in der Gewerkschaftsbewegung, welche wir wieder in's Rollen gebracht haben, muß aus dem Wege geräumt werden. Gehen wir nebeneinander, aber Schulter an Schulter miteinander. Verurtheilen wir das System der Abschließung, des Sichselbstüberlassens,

Hand in Hand  
Besserem Land  
Unser Steuer zugewandt!

Hamburg, den 21. Januar 1878.

A. G.

Die Verwirklichung der in den gegebenen Ausführungen enthaltenen Vorschläge konnte leider nicht erfolgen, da bekanntlich gegen Ende des Jahres 1878 das dantals in Kraft getretene Sozialistengesetz die meisten Gewerkschaftsorganisationen ein jähes Ende nehmen ließ.

**Das Recht auf Arbeit und die unentgeltliche Krankenpflege.**

Die Schweizer Sozialdemokraten und auch eine Mehrheit der Radikalen, der bürgerlichen Demokraten, haben ein sogenanntes „Initiativ-Begehren“ an den Schweizer Bundesrath gerichtet, das genügend unterstügt ist.

Eine „Initiative“ heißt in der Schweiz die Unterbreitung einer Forderung einer allgemeinen Volksabstimmung. Nimmt die Volksabstimmung die Forderung an, so muß der Bundesrath die zur Inkrasssetzung der

Forderung notwendigen Gesetze ausarbeiten und dem gesetzgebenden Körper vorlegen, der sie dann verfassungsmäßig zu erledigen hat. Ueber die so erlassenen Gesetze kann noch einmal die Volksabstimmung angerufen werden.

Der „Initiativ-Antrag“, der der Volksabstimmung unterbreitet werden muß, bezieht sich auf das Recht auf Arbeit und auf die Einrichtung einer staatlichen, für alle Bürger unentgeltlichen Krankenpflege. Der erste Antrag verlangt, daß das Recht auf lohnende Arbeit jedem Schweizer Bürger gewährleistet sei. Die Gesetzgebung des Bundes unter Mitwirkung eines jeden Kantons und der Gemeinden soll diesem Grundsatz die möglichste praktische Geltung verschaffen, und sollen dazu folgende Bestimmungen getroffen werden:

- a) zum Zwecke genügender Vorsorge für Arbeitslosigkeit, namentlich durch eine auf möglichste viele Gewerbe und Berufe sich erstreckende Verkürzung der Arbeitszeit; b) für wirksamen und unentgeltlichen öffentlichen Arbeitsnachweis, gestützt auf die Fachorganisationen der Arbeiter; c) für Schutz der Arbeiter und Angestellten gegen ungerechtfertigte Entlassung und Arbeitsentziehung; d) für sichere und ausreichende Unterstützung unverschuldet ganz oder theilweise Arbeitsloser, sei es auf dem Wege der öffentlichen Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, sei es durch Unterstützung privater Versicherungsinstitute der Arbeiter aus öffentlichen Mitteln; e) für praktischen Schutz der Vereinsfreiheit, insbesondere für ungehinderte Bildung von Arbeiterverbänden zur Wahrung der Interessen der Arbeiter gegenüber ihren Arbeitgebern und für ungehinderten Beitritt zu solchen Verbänden; f) für Begründung und Sicherung einer öffentlichen Rechtsstellung der Arbeiter gegenüber ihren Arbeitgebern und für demokratische Organisation der Arbeit in den Fabriken und ähnlichen Geschäften, vorab des Staates und der Gemeinden.

Gegen diesen Vorschlag läßt sich ohne Zweifel der eine Haupteinwand erheben, daß er auf dem Boden der heutigen Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung nicht durchführbar ist, oder daß er da, wo er durchgeführt werden kann, das nicht erreicht, was man von ihm erwartet: die Beseitigung oder mindestens die erhebliche Einschränkung der Arbeitslosigkeit.

Ohne Zweifel würde eine jetzt eintretende Abkürzung der Arbeitszeit in der ersten Folge eine größere Anzahl Arbeiter beschäftigen. Sehr bald aber würde dieser Vortheil wieder ganz verschwinden, weil einerseits es eine erwiesene Thatsache ist, daß in einer großen Anzahl von Gewerben durch eine verhältnißmäßige Abkürzung der Arbeitszeit die Leistung der Arbeiter nicht oder nur unerheblich vermindert wird, in der Folge aber sogar erhöht werden kann, weil eben geistig und körperlich frischere Arbeiter ungewein viel mehr leisten, als nach biden Richtungen abgehornte Arbeiter. Wenn bei Verkürzung der Arbeitszeit und sonst ausreichender Ernährung die Körperkräfte der Arbeiter sich heben, wird ihre Leistungsfähigkeit bald merklich gesteigert werden. Die geringe Leistung eines Theils unserer deutschen Arbeiter gegenüber den englischen Arbeitern liegt vielfach gerade in der durch überlange Arbeitszeit eingetretenen Entkräftung der deutschen Arbeiter. Wie ein gehörig ausgerüstetes und nicht übermäßig angestrengtes Pferd ohne Zweifel mehr leistet, als ein durch Arbeit und Mangel entkräftetes, so ist es auch bei den Menschen. Andererseits würde auch der Fortschritt in der Entwicklung der Maschinen nicht stille stehen. Der Kapitalprofit würde ihn im Gegentheil noch mehr anregen und vorwärts treiben, wenn die Arbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit theurer würde. Die Maschinenarbeit würde dann noch lohnender. Für uns ist die Forderung nach der Abkürzung der Arbeitszeit deshalb nur in sehr geringem Maße mit der Frage der Arbeitslosigkeit verknüpft, es tritt für uns der Gesichtspunkt der Stärkung der Gesundheit, des Familienlebens der Arbeiter durch die Verkürzung der Arbeitszeit weit mehr in den Vordergrund. Durch Abkürzung der Arbeitszeit wird die geistige Bildungsfähigkeit der Arbeiter erhöht, sie gewinnen Zeit, sich zu belehren. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit würde der Schritt des Proletariats zum Siege fester, selbstbewußter und fördernder werden.

Freilich gibt es eine Abkürzung der Arbeitszeit, die sich immer dem Bedürfnis der Herstellung anpassen müßte, so daß immer alle vorhandenen Kräfte möglichst gleichmäßig beschäftigt werden, um das für das Volk Nothwendige in genügender, ausreichender Menge herzustellen. Eine solche Verkürzung der Arbeitszeit setzt aber eine Regelung der Wirtschaftsordnung ohne Rücksicht auf den Kapitalprofit voraus. Diese Rücksicht kann aber die heutige Gesellschaft unter keinen Umständen aufgeben, diese Regelung ist also gleichbedeutend mit der Abschaffung des Privatbesitzes an den

Herstellungsmitteln, also mit der Einführung der sozialdemokratischen Ordnung.

Die Fachorganisationen und mit ihnen verbundene, auf sie gestützte öffentliche Arbeitsnachweise sind eine schöne und sehr erstrebenswerthe Einrichtung, aber den Arbeitslosen Arbeit schaffen können sie nicht. Sie vermehren die Arbeitslosigkeit nicht, sondern sorgen nur für schnellere Befetzung der vorhandenen Arbeitsplätze. Das ist freilich auch eine sehr nützliche und wichtige Thätigkeit, ändert aber daran nichts, daß die Lage des Arbeiters durch den Mangel an Arbeitsgelegenheit schwer leidet. Der Uebergang aus einer Beschäftigung in eine andere, die solche gut eingerichteten Arbeitsnachweise vielleicht erleichtern können, ist nicht allen Arbeitern möglich. Lebensgewohnheit und einseitige Ausbildung der Fähigkeiten der Arbeiter ziehen da eine ziemlich enge Grenze, besonders gerade für diejenigen Arbeiter, die von der Arbeitslosigkeit in erster Linie betroffen werden. Es sind die weniger leistungsfähigen, die kränklichen und schwächeren, sowie die ungeschickteren und dummeren Arbeiter. Ihnen fällt es schon schwer, sich in ihrem ursprünglichen Berufe fortzubilden, bei einem Wechsel des Berufes werden sie noch weniger leistungsfähig, ja oft ganz unbrauchbar sein.

Der städtische Arbeitsnachweis in Berlin (Freund'scher) hat erfahren, daß es gar nicht angänglich ist, Handwerker und Arbeiter der Großstadt so einfach zu Erdarbeitern oder zu ländlichen Arbeitern überzuführen.

Wir wollen kein Wort weiter verlieren über die durchaus notwendigen Maßregeln zum Schutze der Vereinigungsfreiheit der Arbeiter. Dieser Schutz ist so notwendig, die Arbeitslosigkeit der Arbeiter ist eine so augenfällige, daß ja sogar der Erlaß des deutschen Kaisers vom 4. Februar 1890 die Gewährleistung der gesetzlichen Gleichberechtigung den Arbeitern versprach. Aber sogar dieser Rechtsschutz konnte den Arbeitern nicht gegeben werden, weil das die „Industrie“, d. h. der Kapitalprofit nicht vertragen kann, wie die Herren Großfabrikanten behaupteten.

Was bei der heutigen Wirtschaftsbildung für die Arbeiter in Bezug auf das Recht auf Arbeit einzig und allein herauskommen kann, das ist einerseits die sogenannte „Wohlthätigkeit“, die sich in christlichen Betsbüchern und diesen entsehrlichen Arbeiterkolonien darstellt, oder andererseits eine nach dem Muster der Alters- und Invaliditätsversicherung zugemessene ganz unzureichende und unwirksame Versicherung der Arbeitslosen, die ihnen wenige Pfennige Unterstützung für ungenügende Zeit reicht.

Wir erwarten also von dem schweizerischen Initiativbegehren nach dieser Richtung nicht viel.

Die Einführung einer unentgeltlichen Krankenpflege hingegen halten wir für durchaus durchführbar auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung. Doch hat man sich auch in diesem Punkte in der Schweiz auf eine eingeschränkte Forderung zurückgezogen. Ursprünglich forderte man, daß der Bund, unter Mitwirkung der Kantone in der Organisation und Verwaltung, dafür zu sorgen habe, daß auf seine Kosten jedem Einwohner, der es verlangt, ärztlicher Rath und Beistand, sowie Heilmittel unentgeltlich zu Theil werden. Er gewährt ferner den Kantonen Beiträge für unentgeltliche Spitalkosten Unbemittelter und für Errichtung von Heilanstalten. Diese Fassung wurde vielfach zu schroff gefunden, und darum wurde das Begehren dahin verändert, es solle nur im Allgemeinen dafür gesorgt werden, daß der „armen Bevölkerung“, also nicht Jedem, der es verlangt, ärztlicher Rath und Beistand, sowie Heilmittel unentgeltlich zu Theil werden, und zwar nur, „so weit es die Einkünfte aus dem Tabakmonopol gestatten.“

Die Kosten, die auf 15 Millionen jährlich geschätzt werden, sollen durch ein Tabakmonopol aufgebracht werden. Es heißt darüber in dem Initiativbegehren:

„Zur Deckung der vorerwähnten Ausgaben steht dem Bunde das ausschließliche Recht zur Tabakfabrikation und zur Einfuhr und dem Verkaufe von Tabak und Tabakfabrikaten zu; er kann auch gesetzliche Vorschriften über die Tabaksurrogate erlassen. Die geringwertigen Tabak- und Zigarrensorten sollen dabei nicht vertheuert werden. Den Kantonen, die vor 1893 die Fabrikation oder den Verkauf von Tabak besteuerten, soll für den Wegfall dieser Steuer eine angemessene Entschädigung gewährt werden.“

Nicht ganz mit Recht wird gegen das Begehren eingewendet, daß es vom Standpunkte der Volksgesundheit weniger auf Medizin und Arzt, als auf die vorbeugenden Maßregeln antomme, der Antrag also nicht weit genug geht. Es müßte das ganze Gesundheitswesen des Volkes, die Einrichtungen der Fabriken und Arbeitsstätten, die Entwässerung und Bewässerung der Städte, die Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln in den Reichthümern des Staates ziehen, um ganze Arbeit zu machen.

Wir sind aber der Ansicht, daß es schon gut ist, wenn in solchen Fragen irgendwo ernst angegangen wird, die weiteren Forderungen und Folgerungen kommen dann schon von selbst nach.

Die Volksabstimmung in der Schweiz wird also über sehr wichtige Fragen in der nächsten Zeit zu entscheiden haben, die von so allgemeinem Interesse sind, daß sie auf die ähnlichen Zustände in anderen Ländern nicht ohne sehr wesentliche Einwirkung bleiben können. Selbst wenn sie von der Volksabstimmung diesmal nicht angenommen werden sollten, werden sie in der Agitation bleiben und die Ausgestaltung der Verhältnisse wesentlich beeinflussen.

(„Vauhandwerker“.)

**Zur „Bogabunden“-Frage.**

Ein vernünftiges Urtheil über die Bogabundenfrage hört man selten aus dem Munde der Regierenden. Die meisten Personen, welche an der Spitze der Regierungen stehen, sind aus den Kreisen der Kapitalisten hervorgegangen; diese sehen in dem Arbeiter nur den Träger der Waare Arbeitskraft, aus welcher der goldene Kapitalgewinn herausgepreßt wird. Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß die Kapitalisten, sobald sie zur Macht in der Gesetzgebung kamen, diese dazu ausnutzten, den Arbeiter durch Gesetze zum Arbeiten zu zwingen. Der Grundsatz: Der Arme ist gezwungen zur Arbeit, fand in den Gesetzen fast aller Staaten Aufnahme. Das erste dieser Gesetze, welches 1849 in England erlassen wurde, fand seine „Begründung“ in der großen Pest, welche die Bevölkerung dezimirte. Die Pest war aber nur der Vorwand, denn später, als von den Wirkungen der Pest nichts mehr zu spüren war, hob man die Gesetze nicht auf, sondern man verschärfte sie.

Auch die übrigen Staaten kamen mit der Entwicklung des Kapitalismus zu einer ähnlichen Gesetzgebung. Wenn die Gesetze auch geändert wurden, der Geist, aus welchem sie hervorgegangen, kam auch später immer wieder zur Geltung. Alle Gesetze über Bogabundage sind aus diesem Geiste geboren. Wenn schon die früheren Gesetze verwerflich und sittlich durchaus nicht zu rechtfertigen waren, so konnte man doch zu ihren Gunsten geltend machen, daß die Armen in den meisten Fällen Arbeit finden konnten und ihre Arbeit zur Erhaltung der Gesellschaft mit erforderlich war. Heute werden viele bewußt, welche sich reblich bemühen, Arbeit zu finden. Es ist deshalb mit Freuden zu begrüßen und zur Nachahmung zu empfehlen, wenn Leute in hervorragender Stellung einmal ihre Untergebenen über die Ursachen der Bogabundage aufzuklären suchen. Das hat jüngst der Gouverneur des Staates Kansas, L. D. Bewelling, unternommen, indem er folgende Verfügung erließ:

An die Polizeikommissare!

Während der Herrschaft der Königin Elisabeth waren die Heerstraßen des Landes mit großen Scharen arbeitsloser Armen bevölkert, welche gehetzt und verfolgt, öfters in brutaler Weise durchgepeitscht, manchmal als „Bogabunden“ summarisch gehängt wurden. Kurz vor der großen Revolution bestand in Frankreich für das Verbrechen, arm und arbeitslos zu sein, die Strafe in erster Instanz in einem Jahre Galeerenbienst, beim zweiten Male in lebenslänglicher Galeerenflaverel. Hier zu Lande hat die Monopolisirung Kraft- und arbeitspender Maschinen und ihre Verwendung zur Förderung eigennütziger Zwecke und Reichthums statt zum gesellschaftlichen Nutzen, mehr und mehr Menschen überflüssig gemacht und eine stehende Armee arbeitsloser geschaffen, die selbst in sogenannten guten Zeiten mindestens eine volle Million arbeitsfähiger Männer erreicht. Und trotzdem herrschte noch vor Kurzem die allgemeine Ansicht, und mit Ausnahme der Arbeiter selbst und anderer denkender Menschen herrscht sie noch, daß jeder arbeitsfähige und arbeitswillige Mensch stets Arbeit finden könne, und Sektion 571 der Allgemeinen Statuten vom Jahre 1889 steht als beschämender Zeuge dafür, wie barbarisch selbst wir in Kansas unsere unglücklichsten Nebenmenschen behandeln.

Der Mensch ohne Arbeit und Geld ist durch diese Gesetzgebung mit dem Schwindler klassifiziert. Unter diesen Bestimmungen sind Tausende von Männern, deren einzige Schuld die Armut, deren einziges Verbrechen das Verlangen nach Arbeit war, in die Gefängnisse geworfen, oder als städtische Sklaven zum Steinklopfen verurtheilt worden, weil Unkenntniß der ökonomischen Gesetze die Grausamkeit in uns entwickelte. Die Armen und Unterdrückten waren die Opfer; für sie ist das Polizeigericht die letzte Instanz, denn sie können keine Bürgschaft stellen. Die geschäftige Welt, die keine Zeit zum Besuche der Gefängnisse übrig hat, bekümmert sich nicht um sie. Sie sind zu arm, um mit ihren Unterdrückten einen Rechtsstreit zu be-

ginnen, und daher ist noch niemals der Schmerzensstrei dieser Unterwelt menschlichen Glens dem Appellhof zu Ohren gedrungen, denn es ist Niemand seines Bruders Hüter.

Aber die erste und höchste Pflicht Jener, die in Amt und Ehren sitzen und die Gewalt in Händen haben, ist es, für die Armen und Unterdrückten zu sorgen. Die Pflicht der Regierung ist, nach dem Schwachen zu sehen. Macht wird zur teuflischen Tyrannei, wenn sie dem Freundlosen keinen Schutz gewährt. Meine Pflicht ist es, darauf zu achten, daß die Gesetze befolgt werden, und unter diesen Gesetzen steht die Vorbedingung oben an, daß die Verfassung des Staates keiner Person innerhalb seiner Jurisdiktion den Gehör verweigere.

Ist es vielleicht notwendig, zu betonen, daß dieser gleiche Schutz des Gesetzes da nicht vorhanden ist, wo dieses unmenschliche Bandstreicher-gesetz durchgeführt wird? Es theilt die Menschen in zwei Klassen, die Armen und die Wohlhabenden und steuert jene zu Verbrechern. Nur die Letzteren dürfen Anspruch erheben auf die Freiheit, welche die Konstitution garantiert. „Ohne sichtbare Substanzmittel oder legitimes Geschäft“ zu sein, ist gegenwärtig das unfreiwillige Loos von Millionen von Menschen und im Namen des Gesetzes bestrafen wir sie, weil sie die Opfer der Verhältnisse sind, die wir, als Volk, ihnen aufgebrängt haben. In Verleihen von Polizeigerichten habe ich gelesen, daß „Schlafen in einem Güterwagen“ eines jener abscheulichen Verbrechen ist, welches die Armuth im Gefolge hat. Einige unserer Polizeigerichte haben sich eine Macht angeeignet, welche den höchsten Beamten des Staates oder der Nation nicht zukommt, und die Opfer industrieller Verhältnisse peremptorisch „aus der Stadt gewiesen.“

Nach Verleihen von Ort zu Ort zu ziehen, um Arbeit zu suchen oder selbst einer Laune zu huldigen, ist ein Theil jener persönlichen Freiheit, welche die Konstitution der Vereinigten Staaten jedem menschlichen Wesen auf amerikanischem Boden gewährt. Selbst freiwilliger Müßiggang ist nicht verboten. Wenn ein Drogensüchtiger die Armuth sucht, wenn ein Kolombus vorzieht zu darben und eine neue Welt zu finden, statt ein „legitimes Geschäft“ zu begründen, kann ich nicht einsehen, wo eine Legislatur oder ein Stadtrath sich das Recht hernimmt, ihn zu verbieten, nach eigener Art glücklich zu werden, so lange er nicht seinen Nebenmenschen Schaden zufügt. Begehrt Jemand ein Unrecht, mag er verhaftet und bestraft werden, ob reich oder arm, aber die Armuth muß aufhören ein Verbrechen zu sein.

In einigen Städten ist es Brauch und Gesetz, daß wenn Geldstrafen nicht bezahlt werden können, der Schuldige als städtischer Sklave die Schulden abtragen muß durch Arbeit, und Steinhausen und Viehhöfe werden angelegt, um dies zu bewerkstelligen. Es scheint mir demnach, daß diese Sklaverei nicht als Strafe auferlegt, sondern einfach zur Eintreibung von Schulden betrieben wird.

Solche städtische Gewaltmaßregeln stehen in flagrantem Widerspruch zu den konstitutionellen Verboten. Das Steinklopfen hätte niemals eingeführt werden dürfen, um den Armen und Verstoßenen auszuweiden.

Mögen diese Zwilings-Reliquien des vergangenen Sklavenmarkts Zeitalters in Zukunft nicht mehr die Städte Kanjas' entwürden. Möge der Weihnachtstag auf den Steinhausen, den Viehhöfen und das Verbrechen, arm und heimtlich zu sein, als etwas Vergangenes, Unbeachtliches zurückblicken und Kanjas' Städte unter den Bestimmungen der Metropolitan Polizeigefetze finden.

Es steht zu erwarten, daß ihre eigene Achtung vor der konstitutionellen Freiheit und ihre eigenen menschlichen Gefühle die Polizeibeamten bestimmen werden, in Zukunft den Geist sowohl als den Buchstaben vorstehender Andeutungen zu würdigen.

L. D. Bewelling, Gouverneur.

### Korrespondenzen.

#### Formen.

**Nürnberg.** Eine allgemeine öffentliche Formen-Versammlung, wozu sämtliche Metallarbeiter und Freunde unserer Sache eingeladen waren, fand am 10. Januar im „Wilden Mann“ in Wöhrd statt. Sobald eröffnete die Versammlung und wurde zum Vorsitzenden gewählt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erwähnte er zu ruhiger und besonnenem Handeln und ersuchte, Alles zu vermeiden, was die Einigkeit der Formen beeinträchtigen könnte. Hierauf erhielt Kollege Weismann das Wort, welcher einen sehr eingehenden Situationsbericht erstattete, welchen Ausführungen sich viele Redner anschlossen. Hauptsächlich wurde betont, mit welcher jähen Ausdauer die Herren Fabrikanten es fortwährend wieder versuchen, die Formen zu absolut willkürlichen Werkzeugen

zu erniedrigen und somit die Formen alle Ursache haben, wie bisher, auch weiter stets kampfbereit diesem Vorhaben die Stirne zu bieten. Die ganze Versammlung hatte nur eine Meinung, einig den Herren zu erklären: „Bis hierher und nicht weiter!“ Bei der Abstimmung über die Frage, ob sich die Versammlung mit den Herren solidarisch erkläre, zeigte sich nicht eine Stimme, die den Formern vielleicht nicht voll und ganz sympathisch zur Seite stände, was große Begeisterung hervorrief. Hierauf wurde ein Antrag: die Formern mögen das Nähere unter sich beschließen, angenommen und nachher der Vorsitzende für die zahlreiche Theilnahme und die Sympathie gedankt hatte, ersuchte derselbe, diese auch im eventuellen Kampfe zu bewahren und den guten Geist, der sie alle besetzt, fortzuführen in alle Schichten des Volkes, und schloß hierauf die Versammlung. — Nach Schluß der öffentlichen Versammlung berieten dann die Formern weiter unter sich. Sobald beantragte, mittheilt Stimmzettel abzugeben, wer von den Arbeitern der betreffenden drei Werkstätten für oder gegen den Streit ist und hiezu eine Kommission von drei Mann zu ernennen, von jeder Werkstätte je einen, welche die Abstimmung zu leiten haben. Der Antrag wurde angenommen. Das Resultat war: Von Berg und Kell, alle Formern zugegen, sämtlich für den Streit mit einer Enthaltung. Von Fried 28 Formern anwesend, sämtlich für den Streit, zehn abwesend, wovon fünf krank; nach Mittheilung sind die Abwesenden bis auf einen für den Streit. Auf Antrag von Sebald wurde eine Kommission von drei Mann ernannt, welche nochmals mit den Unternehmern in's Benehmen treten und den gütlichen Beschluß abgeben sollen. Darnach soll sofort eine allgemeine Formerverammlung behufs Berichterstattung stattfinden, um über das weitere Vorgehen zu beschließen. Dem wird nach langer, gründlicher Debatte stattgegeben, jedoch auf Anregung der Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat die zu erscheinende Kommission erst dann ihre Aufgabe zu erledigen, wenn von Seite des Hauptvorstandes letzterer Organisation die Begutachtung des Streiks eingelaufen ist. Der Vorbereitungsbericht hat eine allgemeine öffentliche Metallarbeiterversammlung zu folgen. Die Unterhandlungs-Kommission besteht aus Sebald, Valeriuslein und Höfler.

**Erberg.** Fabrikanten auf dem Schwarzwald. Bei den Herren Siedle an der Gießermeister Adolf Fries aus Freiburg. Seiner Bildung entsprechend redet er die Arbeiter mit folgenden Titeln an: „Kaffee, Sempel, Schwarzwälder Pollack, unzüchtiger Tagelöhner, Sandbauer, Laisch, Lausbub, fauler Stroch“ u. zc. Kürzlich griff er einen dieser Titulanten an und bezeichnete seine Arbeit als Spielerei. Es ist dies derselbe Arbeiter, den er früher schon einmal wegen Faulheit aus dem Geschäfte brachte, wonach dann zwei Arbeiter dasselbe Arbeitsquantum verrichteten. Als der Arbeiter wieder an seinen Platz kam, gab es Lohnaufbesserung für den „Faulenzer“. Unter einem Faulenzer verstehen wir z. B. einen Fabrikanten, der, die Hände in den Taschen, die Pfeife im Munde, den ganzen Tag darüber nachdunkelt, wie er die Arbeiter quälen will. Im vorigen Jahre gab der Fabrikant dem Gießermeister Fries aus Augsburg — pardon Freiburg — einen Lehrling Namens Mutter zur Ausbildung. Fries wickelte den Lehrling und warf ihn sogar an die Wände. Mochte der Lehrling Miene, sich beim Fabrikanten Siedle zu beschweren, so erhielt er zur Befriedigung wieder eine Tasse voll Zwetschen, dann schweig der Lehrling wieder. Dem Arbeiter Scherer ist es gar nichts Neues, von seinem Buchmeister Nippensche oder Ohrfeigen zu erhalten. In der Gebr. Siedle'schen Fabrik gibt es Abzüge noch mehrere Vermeister, die sich durch Abziehen und Strafen bei ihren Brodherren beliebt machen wollen. Wir werden später noch Näheres berichten.

#### Gelgießer und Gürtler.

**Nürnberg.** Sektion der Roth- und Glockengießer. Die am 13. Januar cr. im Carl's Merk stattgefundene Mitglieder-Versammlung war von 50 Kollegen besucht. Der Bericht des Kassiers ergab für 1893 eine Schlussabrechnung von 187,88; der Mitgliederbestand betrug zu Ende des Jahres 143, gegen das Vorjahr 32 mehr. Die Aktivität der Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt und wurde dann dem Kassier Decharge ertheilt. Die hieran sich anschließende Neuwahl der Ortsverwaltung hatte folgender Resultat: Kollege Bettrug, Bevollmächtigter, Kolll. Mader, Kassier, die Kolll. Reusch, Schaller und Dümmler 1 Revisoren. Zum Bibliothekar wurde Kollege Dümmler II gewählt.

#### Stempner.

**Breslau.** Am 31. Dezember v. Js. hielt die Sektion der Stempner ihre Mitglieder-Versammlung ab. Bei der Abrechnung ergab sich ein Kasienbestand von 2 K; da

von dem letzten Verzuge noch Geld erübrigt wurde, konnten für die Deckung der Unkosten des Gewerkschaftsgerichts 5 K bewilligt werden. Der Vorsitzende erstattete hierauf Bericht über das vergangene Jahr, wonach die Mitgliederzahl zurückgegangen ist. Kollege Hübler wurde als Bevollmächtigter, Kolll. Naumann als Kassier gewählt. Adelt, Küstner und Biankenseb wurden für dieses Jahr zu Revisoren gewählt. Kollege Tag sprach dann über die Bibliothek, deren Veranlassung den Kollegen empfohlen wurde. Der Antrag, jeden letzten Sonntag im Monat eine Vorlesung oder einen Vortrag abzuhalten, wurde angenommen. Für die Delegirten des Gewerkschaftsgerichts wurden nach längerer Debatte 30 K pro Kartellierung bewilligt. Die Revisoren wurden beauftragt, sich nach einem Lokal im Zentrum der Stadt umzusehen. Der Vorsitzende machte noch dem neugewählten Vorstand zur Pflicht, die Verbandsinteressen nach Kräften zu fördern, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

**Am.** Als Mutter einer Spenglerwerkstätte kann die Firma Wwe. Jhle mit dem Geschäftsführer Wlumberger gelten. Dieser Herr W. verpricht jedem Gesellen, der zu ihm umschauen kommt, Arbeit, trotzdem er das ganze Jahr bios einen beschäftigen kann. Besser würde es sich schick, wenn man jedem Zuschneidenden 10 K geben und in Frieden ziehen ließe. „Behandlung“ und Kost läßt Alles zu wünschen übrig. Geht man auf Bau, so gibt es 18 K mit zum Vesperbrod; davon kann man doch gewiß „genügend“ zehren und den Leibriemen um 8 Böcher enger machen. 250 Wochenlohn, das ist doch ganz gewiß genügend für den Arbeiter — so spricht Herr W. Das ist die ganze Humanität dieses vielgereisten und bekannten Geschäftsführers. Besser wäre es, wenn er die Geschäftlichkeit, die er besitzen will, in Thaten zeigte, statt sie durch faule Wige zum Ausdruck zu bringen.

#### Metall-Arbeiter.

**Bergedorf.** Am 28. Dezember v. Js. hielt die hiesige Verwaltungsstelle im Vereinslokale bei Gastwirth Hardebeck eine Extramitglieder-Versammlung ab. Zunächst erstatteten die Delegirten vom hiesigen Gewerkschaftskartell, Zweiten und Weist, Bericht über die Beschlüsse und Verhandlungen des Kartells, hierauf erfolgte die Neuwahl des Ortsvorstandes. Derselbe ergab folgendes Resultat: Rudolph Weist, Bevollmächtigter, Wilhelm Klein, Kassier, Anton Twisten, Schriftführer, Ernie und Dellmann, Revisoren. — Der Bibliothekkommission wurden 30 K aus der Lokalkasse zur Erlaubung einer Bibliothek überwiesen. Außerdem wurde beschlossen, dem Kassier pro Quartal 3 K Entschädigung zu bewilligen.

**Coburg.** Ein Wort zur Thüringer Konferenz. Wie alljährlich erheben sich Stimmen, um die Nothwendigkeit der Beschickung einer Konferenz in Thüringen klar zu legen. Ich bin der Meinung, daß die Frage in der Generalversammlung in Altenburg zur Genüge erörtert worden ist. Was haben die Apoldaer Konferenzbeschlüsse genügt? Sind sie von den Vertretern in Altenburg auf der Generalversammlung verfochten worden? Nein! Der Vertrauensmann Gebauer hat gerade das Gegentheil vertreten, was in Apolda beschlossen worden ist, wie das Protokoll der Generalversammlung beweist. Z. B. wurde beschlossen, daß 200 Mitglieder einen Delegirten wählen sollen; sie sind aber eingetreten für 500, sogar für 600. Ferner wurde beschlossen, die Beschickung der 33 1/2 Prozent für die örtliche Kasse; der Vertrauensmann ist eingetreten für 20 Prozent u. s. f. Wir stehen auf dem Standpunkt, lieber das Geld der Streikklasse zuzuführen, als solche unnötigen Ausgaben für die Beschickung einer Konferenz zu machen, die doch gar keinen Werth hat.

Erüba u u u,  
stellvertretender Vertrauensmann für Thüringen.

**Cöthen.** Die am 6. Januar in Bitters Restaurant abgehaltene Versammlung der Metallarbeiter war leider nur schwach besucht. Der Vertrauensmann gab zunächst die Abrechnung bekannt und wurden zur Prüfung derselben zwei Revisoren gewählt. Hierauf hielt Genosse Schöps-Deffau einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Gewerkschaften; er legte an der Hand von Beispielen dar, wie verschieden die Gesetze angelegt werden können, und empfahl den Arbeitern, sich möglichst viel mögliches Kenntniß anzueignen, da Unkenntniß der Gesetze nicht vor Strafe schütze. — Der bisherige Vertrauensmann, Genosse König, wurde als solcher wiedergewählt. Derselbe forderte die Kollegen auf, sich sämtlich an der Agitation zu betheiligen, da in Cöthen noch ein großes Arbeitsfeld vor uns liege, denn von 500 Metallarbeitern gehören erst 20 der Organisation an. Bei verschiedenen wurde das Lehrlingsgelingen am Orte einer Kritik unterzogen. Es wurden Thatsachen an's Licht gefördert, die man gar nicht für möglich hielt; so seien z. B. in einer Schlofferwerkstätte 12 Lehrlinge und 2 Gesellen be-

schäftigt! Es wurde jedoch noch der Wunsch geäußert und demgemäß beschlossen, im „Volksblatt für Unhalt“ diese Zustände näher zu besprechen, um die Eltern auf solche Meister aufmerksam zu machen. Die Adresse des Vertrauensmannes ist Alfred König, Cöthen, Bergstr. 10, I.

**Durlach.** Am 4. Januar hielt die hiesige Verwaltungsstelle des D. M. V. ihre Generalversammlung ab. Bei der Neuwahl wurde Pfuhl als Bevollmächtigter, Sutter als Kassier, Demmerle als Schriftführer, Schönschneider und Jahn als Revisoren gewählt. Außerdem wurde bekanntgegeben, daß im verflossenen Geschäftsjahre die Mitgliederzahl von 50 auf 100 angewachsen ist. Es wurden 12 Monatsversammlungen mit eben so viel Auswahlsitzungen abgehalten. Als Feste wurden im diesen Jahre abgehalten eine Abendunterhaltung mit Tanz, ein Stiftungsfest und ein Gartenfest der vereinigten Arbeiterinnen. Ferner wurde mit den organisirten Weisgerbern, der Arbeit zum Schutz, dem Kapital zum Trug, ein Kartell abgeschlossen, welches die gegenseitige Unterstützung in gewerblichen Kämpfen, sowie die Förderung der planmäßigen Agitation als seine Hauptaufgabe betrachtet. Da der Besuch der Versammlungen in letzter Zeit ein sehr zufriedenstellender war, dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, daß unsere Mitgliedschaft auch im neuen Jahre die hohe sittliche Aufgabe unserer Organisation immer mehr zu erfassen bemüht sein wird. Der Jahresbericht wurde von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Im Verschiedenen wurde beschlossen, daß Kollege Meier aus dem Verband ausgeschlossen werde, da er unseren Bestrebungen ganz entgegengeartet hat. Er hat schon mehrere Verbandskollegen durch Verschwendung außer Arbeit gebracht.

**Frankfurt a. M.** Die allgemeine Verwaltungsstelle des D. Met. Verb. hielt am 6. Januar ihre Generalversammlung ab. Nach Erledigung von „Geschäftliches“ gab der Kassier den Bericht vom 4. Quartal 1893. Nach demselben betragen die Einnahmen 16 597,79, die Ausgaben 16 234,77. An die Hauptkasse wurden 16 180 abgesendet, bleibt somit am 1. Januar 1894 ein Kasienbestand von 16 183,02. Hierauf wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassier Decharge ertheilt. Dann folgte der Jahresbericht der Verwaltung. Kassier Wilschert berichtete, daß sich die Gesamteinnahmen im abgelassenen Jahre auf 1701,58, die Gesamtausgaben auf 1142,01 belaufen. An die Hauptkasse wurden insgesamt 16 376,50 eingesandt. Ein Vergleich zu dem Vorjahre ergibt eine Mehreinnahme von 16 506,48, die Ausgaben dagegen sind um 16 187,21 niedriger als im Vorjahre. Der Vorsitzende Brehm erstattete den Geschäftsbericht, aus welchem zu entnehmen ist, daß die Verwaltungsstelle namentlich in dem 2. Halbjahre bedeutende Fortschritte gemacht hat. Die Thätigkeit der Ortsverwaltung richtete sich hauptsächlich auf die Regelung der Verwaltungs-geschäfte, dann darauf, die Versammlungen lehrreicher zu gestalten und die Agitation, hauptsächlich am Orte, zu betreiben. Was die Regelung der Verwaltungs-geschäfte anbelangt, bemerkte Redner, daß dieselben vollkommen geregelt seien, namentlich erwies sich die Eintreibung der Rückstände durch den Zeitungs-kolporteur als sehr zweckmäßig. Versammlungen fanden 26 statt. In denselben wurden 12 Vorträge gehalten. Die Betreibung der Agitation durch die von der Verwaltung ausgearbeiteten Flugblätter war von Erfolg, was sich aus der Zunahme der Mitglieder ergab. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Jan. 1893 180, Aufnahmen fanden 228 statt, zugereist sind 81, abgegangen 179, die Mitgliederzahl beträgt am 1. Januar 1894 310. An Reiseunterstützung wurden 16 675,75 ausbezahlt. Die Neuwahl der Verwaltung ergab folgendes Resultat: J. Brehm, Uhrmacher, 1. Bevollmächtigter, Peter Müller, Schlosser, 2. Bevollmächtigter, Bernd. Kohnmann, 1. Kassier, Aug. Endlich, 2. Kassier, R. Schneider, H. Neubert und H. Scher, Revisoren. Zu Reiseunterstützungsauszahlern wurden Fehly, Grosser und Puhl gewählt. Im „Verschiedenen“ wurden die Kraus'schen Forderungen auf der Zentralherberge in einer sehr lebhaften Debatte besprochen und der Beschluß gefaßt, die Angelegenheit dem Gewerkschaftskartell zu unterbreiten. Die Mitglieder vertheilten sich auf die einzelnen Branchen folgendermaßen: Schlosser und Maschinenbauer 159, Dreher 51, Schleifer 21, Mechaniker 20, Gürtler 15, Formier 8, Spengler 5, Metallbrüder 4, Schmiede 3, Gold- und Silberarbeiter 5, Grabener 3, Bijouler 3, Uhrmacher 2, Feilenhauer 1, Drahtzieher 7, Modell-schreiner 1, Hilfsarbeiter 8, Summa 310. — Die Adresse des Bevollmächtigten ist: J. Brehm, Uhrmacher, Bergstr. 277 Parterre; des Kassiers: Bernhard Kohnmann, Gürtler, Schumergasse 21, II.

**Freiburg i. Br.** Am 30. Dezember v. Js. hielten wir unsere gut besuchte Generalversammlung ab. Es wurden im abgelassenen Jahre 25 Versammlungen, die sämtlich gut besucht waren, abgehalten, ferner 2 Vergnügen und eine öffentliche Metallarbeiter-

versammlung, in der A. Junge aus Stuttgart über die Nothwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation sprach. An den Beschlüssen wurden 10 Beschlüsse gefasst. Gewerkschaftliche Anträge waren 10, Fragekasten 4 Mal. Außerdem wurde in jedem Monat ein Bericht vom Gewerkschaftsamt abgegeben. Ebenso wurden die Berichte über Urtheile vom Gewerbeamt nach jeder Verhandlung abgegeben. Die Mitgliederzahl war Anfangs des Jahres 90. Markten wurden im Januar und Februar 740 abgesetzt, das ergibt 91 zahlende Mitglieder. Aufgenommen wurden in diesen 2 Monaten 6, zugereist sind 4, abgereist 11, ausgeschieden 6, ausgeschieden 7, bleibt Bestand 77. März-April: Aufnahmen 16, zugereist 6, Abgereist 1, abgereist 12, ausgeschieden 2, bleibt Bestand 86. Markten wurden 652 verkauft, ergibt 81 zahlende Mitglieder. Mai-Juni: Aufnahmen 6, zugereist 11, ausgeschieden 1, ausgeschieden 13, abgereist 13, bleibt Bestand 78. Markten von den 534 verkauft. Juli-August-September: Aufnahmen 28, zugereist 6, ausgeschieden 4, abgereist 15, ausgeschieden 8, bleibt Bestand 85. Markten von den 511 verkauft, ergibt 70 zahlende Mitglieder. Von den letzten 3 Monaten wird die Abrechnung im Laufe der Woche fertiggestellt. Auch haben wir bei Bibliothek die größte Aufmerksamkeit geschenkt und besetzt dieselbe zur Zeit aus 8 Bänden. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde Christian Arnold, Schifferstraße 34, als Bevollmächtigter wiedergewählt. Die Wahl des Kassiers machte einige Schwierigkeiten wegen der Nichtunterstützungszahlung. Wir regelten die Sache nun so, daß die Mitglieder der Ortsverwaltung abwechselungsweise dieselbe im Verkehrslokal, Restaurant Gursner, von 7-8 Uhr Abends und von 12-1 Uhr Mittags besorgen, wofür ihnen Abends eine kleine Entschädigung gewährt wird. Es wurde dann Karl Schopp als Kassier, Zimmermann, Seiler und Ketterer-Melchior als Revisoren gewählt. Es kam nun das Verbot des früheren Mitgliedes, jetzigen Gießermeisters Adolf Fries zur Sprache, über welchen 2 Artikel im „Volksfreund“ erschienen sind. (Siehe unter Tribüne). Da derselbe über Weihnachten hier war, um Forme zu suchen, und sich äußerte, daß der Artikelschreiber des „Volksfreund“ hinausfliege, so waren wir alle Forme vor dieser Rede, bis die Zustände sich daselbst gebessert haben. Ein diesbezüglicher Antrag von Koch, sowie die Veröffentlichung der Einbürgerung des „Volksfreund“ in der „Metallarb.-Zeitung“ wurde angenommen. Den Erbhegger Metallarbeitern rufen wir aber zu: „Organisiert Euch!“ Tretet dem deutschen Metallarbeiterverband bei, dann könnt Ihr einem solchen Werkstatt-Despoten entgegenreten. Ihr könnt Euer freie Zeit auf diese Weise besser anwenden, als wenn Ihr Euch in's Wirthshaus setzt. — In der öffentlichen Metallarbeiterversammlung kam auch ein Fall aus der Baier'schen Wauschlofferrei, Baublednerrei und Ornamentenfabrik zur Sprache, der erwähnenswert ist. Dasselbst wurden Anfangs Dezember 2 Verbandsmitglieder ohne Grund auf's Plaster gemorren, obwohl laut Verbandsordnung Kündigung besteht und dieselbe am Freitag stattgefunden hat. Die Kollegen hatten nun in Folge dessen 4 Wochen Lohn zu beanspruchen. Im Säbenerverfuch wurden dem einen Kollegen A 45, dem andern A 13,80 ausbezahlt; letzterer konnte seine Sache nicht recht verteidigen, sonst hätte er mehr erhalten müssen. Auch jetzt haben wieder 2 Kollegen die Firma verklagt. Dieselben arbeiteten auswärts und wurde ihnen Lohn und freies Logis versprochen. Als sie mit der Arbeit fertig waren, wurde ihnen dafür nichts ausbezahlt. Bei einem macht der Gehilbetrag A 90; der Andere sollte noch Geld bringen. Man sieht also hieraus, daß wir hier Arbeit genug haben, um unseren Kollegen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Nur wäre zu wünschen, daß die Kollegen in keiner Versammlung schigten und jedes Mal ihre Sache da vorbringen, denn es trägt dies viel zur Aufklärung bei. — Die Reiseunterstützung erfolgte in den schon erwähnten neun Monaten: Januar-Febr. an 28 Durchreisende A 45,17, März-April 33 Durchreisende A 74,99, Mai-Juni 53 Durchreisende A 121,98, Juli-August-September A 152,2. Wir schließen unseren Bericht mit einem Appell an die Verbandsmitglieder, unablässig für den Verband zu agitieren.

**Siegen.** In der am 24. Dezember v. J. hier stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Kollegen in die Vorstanderschaft gewählt: Georg Dahmer, Bevollmächtigter, Scherweg 3; Joh. Kemp, Kassier, Bleichstr. 2 W; zu Revisoren wurden die Kollegen Ems, Ad und Wichbold gewählt. Unsere Herberge befindet sich auch in diesem Jahre noch im Gasthaus zum Ritter, Ritterstraße 17. Versammlung alle 14 Tage; unsere nächste Versammlung findet statt am Samstag, den 20. Januar, Abends halb 9 Uhr, im Verkehrslokal. Alle Kollegen werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen, da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist. Vor Allem werden die reisenden

Kollegen gebeten, in dieser Versammlung ihre Beiträge nebst Delegationen und Reiseverordnungen behufs Abrechnung vom 4. Quartal 1893 zu begleichen. Auch wollen sämtliche Kollegen, welche ihre Bücher noch nicht an den Kassier abgegeben haben, dies unverzüglich thun, damit Kontrolle stattfinden kann. Allen Kollegen sei hierdurch mitgetheilt, daß unsere Sachzeitung nicht mehr ausgegeben wird, sondern jeder allein arbeitende Kollege muß sich dieselbe in unserem Verkehrslokal holen. In Werkstätten, wo mehrere Kollegen arbeiten, wird dieselbe durch den ernannten Werkstättenvertrauensmann eingehändigt, auch können von diesem zu gleicher Zeit Beitragsmarken, sowie Extramarken bezogen werden. Ferner diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß jeden Samstag, außer den Versammlungsabenden, der Kassier im Verkehrslokal anwesend ist, und können alsdann auch Beiträge an denselben entrichtet werden. Den reisenden Kollegen sei es hiermit streng empfohlen, nur unsere Herberge in Anspruch zu nehmen und nicht die „Herberge zur Heimath“. Im Falle letztere von unterstützungsberechtigten Kollegen in Anspruch genommen wird, werden wir gegen diese andere Maßnahmen ergreifen.

**Harburg.** Am 6. Januar fand hier die Generalversammlung des D. M. A. statt. In derselben wurden gewählt: Otto als Vorsitzender, Kummer als Kassier, Hallmann, Grammann und Gese als Revisoren, Heinrich als stellvertretender Revisor. Von Kollegen wurde hervorgehoben, daß wir vor Allem dahin zu streben hätten, unsere Versammlungen recht interessant zu gestalten, um dadurch auch nach Außen hin für den Verband erfolgreich Propaganda zu machen. Nun, Kollegen Harburgs, tragt alle Euer Theil dazu bei, damit unsere Organisation vorwärts schreitet.

**Zeitz.** In der am 31. Dezember v. J. stattgehabten Versammlung wurde nach Erledigung des Rechenschaftsberichts die Neuwahl der Ortsverwaltung vorgenommen, welche folgendes Resultat ergab: Wahl, Vorsitzender, Wasing, Kassier, Döller, Schriftführer, Grimm und Barß als Revisoren. Bei „Verschiedenes“ erwiderte sich eine lebhafte Debatte, insbesondere über die im Fragekasten aufgeworfenen Fragen. Nachdem von verschiedenen älteren Mitgliedern die jüngeren aufgefordert worden waren, sich recht rege an der Debatte zu betheiligen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Wernigerode.** Die Metallarbeiter von Wernigerode theilten dem bekannten anonymen Briefschreiber mit, daß in Osnabrück in diesem Sommer 2 öffentliche Metallarbeiterversammlungen stattgefunden haben. Diese Versammlungen waren aber von so geringem Erfolge, daß sich nur 2 Mann als Mitglieder aufnehmen ließen, wovon nur noch einer bezahlt. Aus diesem Grunde, sowie wegen der bedeutenden Kosten mußten wir die Agitation aufgeben und haben das Weltere dem Agitationsbezirk Leipzig überwiejen. Nehmlich dürfte es uns in Wernigerode gehen. Gleichzeitg ersuchen wir den Einsender, in Zukunft seinen Namen beizufügen.

**Konstanz.** Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen — so lautet doch wohl der Spruch, den sie die lauten Spielbürger zu Weihnachten so oft vorklamieren lassen. Mit Folgendem wollen wir versuchen, den Besern der „Metallarbeiter-Zeitung“ zu berichten, wie auch bei uns am Bodensee die Arbeiter gedrückt werden und was für ein Wohlgefallen an der heutigen christlichen Gesellschaftsordnung zu finden ist. Unser Kollege Wanner, welcher bei der hiesigen Firma Hoh & Kempter in Arbeit stand und wegen Lohnrücklagen gerichtliche Klage erhob, kam auf recht eigenhändige Weise um sein Weihnachtsvergütigen. Am Samstag vor Weihnachten erklärte obige Firma dem pp. Wanner, daß er seinen Lohn nicht erhalte, weil er die Firma verklagt habe, nähme er jedoch die Klage zurück, so würde auch der Lohn bezahlt. Eine derartige Handlungsweise zu kritisieren, ist wohl überflüssig und möchte wir nur die Arbeiter vor der Firma Hoh & Kempter warnen, da dieselbe oft in auswärtigen Zeitungen Arbeiter sucht. Die Firma hat auch selbst erklärt, keine Konstanzer einzustellen, da dies doch lauter Lumpen seien. Die oben erwähnte Klage hat folgenden Grund: Wanner arbeitete seit 10. November 1893 als Gassenreiner in genanntem Geschäft. Einige Tage nach seinem Eintritt wurde er beauftragt, an einer zweiten Bank nachzuarbeiten. Nachdem er dies einige Zeit gethan, gewährte Wanner, daß an der ersten Drehsbank eine Kurbel abgerissen war, für die ihm dann in Summa 11 Mk abgezogen wurden. Da es nun dem Wanner doch unmöglich war, an beiden Drehsbanken zu stehen, die Kurbel übrigens schon einen alten Bruch hatte, so erhob er Klage beim Bürgermeisteramt. Daraufhin wurde dann dem Wanner sofort gekündigt und am letzten Jahrtag wie oben beschrieben mit seinem Lohn versehen. Das Resultat war, daß Wanner 5 Mk für die Kurbel bezahlen mußte und seinen Lohn dann 4 Tage später auf dem Bürgermeisteramt ausbezahlt erhielt.

**Oberursel im Taunus.** Samstag, den 30. Dez. v. J. fand hier die erste Mitgliederversammlung der neuerrichteten Bergstelle des D. M. A. im Lokale zum „Felsenkeller“ statt. Den Anwesenden liegen sich 12 Kollegen. Sodann wurden die Statuten des D. M. A., sowie die Geschäftsordnung vom Bevollmächtigten, Koll. Stern, bekannt gegeben. Koll. Horn regte an, unsere Mitglieder, wie auch die öffentlichen Versammlungen im Saale des Felsenkellers abzuhalten, es wurde jedoch beschlossen, zu öffentlichen Versammlungen den Gasthof zum „Taunus“ zu benutzen und die Mitgliederversammlungen vom 13. Jan. ab alle 14 Tage stattfinden zu lassen. Zum Schluß ermahnte noch die Ortsverwaltung zu recht zahlreichem Besuch der Versammlungen, sowie zu fleißiger Agitation für den Verband.

**Ordlinburg.** Am 5. Dezember v. J. fand eine Versammlung der hiesigen Verwaltungsstelle des D. M. A. statt. In die örtliche Verwaltung wurde der bisherige Bevollmächtigte und der Kassier wiedergewählt. Da die bisherigen 3 Revisoren nicht anwesend waren, wurden 3 andere Kollegen an deren Stelle gewählt. Alsdann gab der Bevollmächtigte A. Trautwein einen Bericht über das verfloffene Jahr. Aus demselben ist Folgendes zu entnehmen. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1893 64, zugereist sind 11, neu aufgenommen 36, Summa 111. Abgereist sind 24, ausgeschieden 13, wegen Meistens freiwillig ausgeschieden 3, Bestand am 1. Januar 1894 71 Mitglieder, darunter sind 23 Dreher, 16 Forme, 15 Schlosser, 6 Klempner; die übrigen gehören den verschiedensten Berufen an. Die Gesamt-Einnahme betrug 508 Mk, davon wurde an den Vorstand eingekandt A 441,56, am Ort verbucht wurden für den Verein zum Weitzsammlen und Zeitungsabgaben 49 Mk, für außerordentliche Agitation A 9,04, für Inserat, Porto usw. A 6,40, Summa 508 Mk. Es sei hier noch bemerkt, daß in der ersten Woche v. J. 15 Kollegen dem Verband beigetreten sind, es zählt also heute die hiesige Filiale 86 Mitglieder. Wir hoffen, daß unsere Filiale in diesem Jahre so weiter zunimmt. Insbesondere sprechen wir den Wunsch aus, daß die Kollegen, welche bereits dem Verband angehören, ihre Schuldigkeit thun, um dem Verband immer neue Mitglieder zuzuführen. Suche ein Jeder, unsere Idee immer weiter zu verbreiten, dann wird es auch nicht mehr lange dauern, daß diesen traurigen Verhältnissen des arbeitenden Volkes ein Ende gemacht wird.

**Benscheid.** Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 7. d. M. ihre regelmäßige Monatsversammlung ab. Zunächst wurde zur Wahl der Ortsverwaltung geschritten. Das Resultat war folgendes: Kollege Sebach, Bevollmächtigter, Gohr, Kassier, Leuchter, Reising und Meisinger Revisoren; letzterem wurde gleichzeitig der Schriftführerposten übertragen. Die Reiseunterstützung zahlt Kollege Gohr, Bürgerstr. 17 (nicht wie es bisher im Urtheilverzeichniß fälschlich hieß Bürgerstr.), aus. Bei Punkt Verschiedenes wurde wieder die in unserer Bergischen Laude nungemal erörterte Organisationsfrage berührt. Kollege Stamm wies auf den Kölner Parteitag hin, welcher ganz richtig betonte, daß der Grund der geringen Theilnahme an den bestehenden Organisationsform nicht in der Form derselben, sondern in den bestehenden schlechten Verhältnissen zu suchen sei. Nebener warni vor Abgründungen und weist auf unsere Nachbarstädte, insbesondere Eberfeld hin, welches mit seinem allgemeinen Arbeiterverein die Organisation auch noch nicht um einen Schritt weitergebracht habe. Zum Schluß empfiehlt derselbe, in nächster Zeit eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung abzuhalten; in derselben solle aber nicht die Stellung zum allgemeinen Arbeiter-Verein genommen, sondern ein Vortrag über die Organisation im Allgemeinen gehalten werden. Die Lage der Arbeiter in unserem Bergischen Lande, und der Kampf um die beste Organisationsform bietet überhaupt manches Lehrreiche und Interessante für Kollegen anderer Orte, so daß wir hierüber in nächster Zeit einen Bericht an unser Sachorgan einfinden werden.

**Stettin.** Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 6. Januar eine Generalversammlung ab, in welcher Kollege Schmidt als Bevollmächtigter wiedergewählt wurde, zum Kassier wurde Kollege Ulrich und als Revisoren die Kollegen Christian, Buchholz und Cerkel gewählt. Von der Wahl eines 2. Bevollmächtigten und Kassiers wurde Abstand genommen. Zu Bibliothekaren wurden die Kollegen Krüger und Grube gewählt. Sodann wurde beschlossen, zur Erleichterung der reisenden Kollegen die Reiseunterstützung auf unserer Zentralkasse abzugeben und wurden zu diesem Zwecke 7 Kollegen gewählt, die sich regelmäßig in der Auszahlung abzulösen haben. Diese Kommission besteht aus den Kollegen Frank, May, Grabein, Weber, Schiffer, Wolke und Rebe. Kollege Dittmann erstattete hierauf Bericht über die

Bibliothek. Ein Antrag, 30 Mk zur Anschaffung neuer Bücher zu bewilligen, wurde angenommen.

**Stralsund.** Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 23. Dezember vor. J. eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: A. Gens, Bevollmächtigter, S. Dyckente, Stellvertreter, J. Stipul, Kassier, F. Klotz, Schriftführer; zu Revisoren Dr. Ehler, Joh. Buhrow und St. Jöhl. Der Antrag von Stipulat, den zugereisten Kollegen und den hier am Orte außer Arbeit stehenden fremden Kollegen so viel als möglich aus der Ortsunterstützung zum Weihnachtsfeste zuzulassen, wurde einstimmig angenommen. Da jedoch die Zahl der Zugereisten nicht festgesetzt werden konnte, wurde es dem Kassier überlassen, nach Stand der Kasse zu handeln. Stipulat gab Bericht über die Ortsunterstützungskasse; er schlug vor, da bis dato nur 25 A an Mitglieder gezahlt wurden, die Kasse von jetzt ab etwas mehr leisten könne, da sie nicht so sehr in Anspruch genommen wird. Es wird beschlossen, daß an Mitglieder, welche unterstützungsberechtigt sind und welche die ganze Summe von 25 A Reiseunterstützung ausbezahlt erhalten, 30 A gezahlt wird. Unter Verhältnisausgleichungen kam es dann zu einer Debatte. Die Kollegen fordern wir hierdurch auf, fester zusammenzuhalten, die Versammlungen besser und ständiger zu besuchen, sowie die dem Verband noch Fernstehenden heranzuziehen.

**Tuttlingen.** Am 4. Januar hielt die hiesige Filiale ihre Generalversammlung ab, welche leider nur von etwa 40 Kollegen besucht war. Es wurde der Kassierbericht verlesen und gutgeheißen. Hierauf wurde zur Neuwahl der Ortsverwaltung geschritten, zum ersten Male seit Bestehen des Verbandes wurde der Bevollmächtigte aus unserer Mitte gewählt. Das Wahleresultat ist folgendes: F. F. Schneckhuber, Stadachstr. 46, Gummel, Stellvertreter, Streng, z. „Glock“, I., Hilzinger 2. Kassier, Barthelmes, Schriftführer. Sei er, Schönle, Gummel, Revisoren, Fuß, Bibliothekar, in den Gewerkschaftsausschüß wurden Hänsler, Schütz und Graf gewählt. — Die Reiseunterstützung wird bei Streng, Schaffhausstr. 15, ausbezahlt.

**Feilenhauer.**

**Budapest.** Werthe Kollegen! Mit diesem seien wir uns veranlaßt, Euch mittheilen, daß wir von den 2 Werkstätten Josef Páhn & Comp., Pastal-Wähle, und Heinrich Páhn am 3. Januar in den Streik getreten sind. Nicht Uebermuth war es, welcher die Kollegen in den Streik trieb, sondern die entlosten Chikanierungen einerseits, ungerechtfertigte Maßregelungen andererseits, sowie auch die rohe Behandlung, welche besonders den Kollegen bei Heinrich Páhn zu Theil wurde. Bei Josef Páhn war es seit einem Jahre üblich, daß man zwar an allen anderen Tagen um 6 Uhr Abends Peterabend nach Hause kam, jedoch Samstag kam man nie früher nach Hause als um 8, manchmal auch 9 Uhr Abends, weil man so lange auf's Geld warten mußte. Bei event. Beschwerden, bei welchen auch der Mangel von Material, wie Kohlen zum Feilenanstrücken, Säurien, Meißel, Hämmen u. dgl., wodurch den Arbeitern Schaden erwuchs, entschuldigen betont wurde (wo man aber dem Herrn Josef Páhn wie einem Füllhahn auf den Strahnen aufpassen mußte, um ihn sprechen zu können) vertrießete man uns immer von Woche zu Woche, von Monat zu Monat. Die Sache wurde aber anstatt besser seit ein paar Monaten schlechter, nachdem sich das Lohnschuldigbleiben, sowie auch das ratenweise Lohnauszahlen noch dazu gesellte. Es wurde die Sache ein paar Mal der Öffentlichkeit übergeben, was den Herren zwar nicht angehehrt war, aber die Gegenätze auf die Spitze trieb. Da er die Einsender nicht erwidern konnte, entließ er 3 Arbeiter, welche wegen Krankheit durch ihn geschädigt wurden, weil er nicht nur die Krankenkassenbeiträge abgezogen und an die Kasse nicht abgeliefert, sondern auch die abgezogenen Beiträge in den Mitgliedsbüchern abzustempeln sich weigerte, welcher Fall in einem letzten Artikel eingehend erwähnt wurde. Gleichzeitg wurde von den Arbeitern verlangt, sie sollten aussetzen, aber nicht wegen Mangel an Arbeit, sondern weil keine Kohlen zum Feilenausstrücken vorhanden waren, was doch nur der Nachlässigkeit des Chefs zuzuschreiben ist. Nun also, da die Anträge in Folge Vernichtung der Inventuren in den Fabriken sich wieder mehren, wir aber die schlechte Zeit hinaus sind, verlangt man von uns, wir sollen aussetzen, ohne Lohnvorschuß oder Entschädigung zu erhalten, überdies aber noch 3 Kollegen, die an den Artikeln unschuldig sind, maßregeln zu lassen. Bei Feinr. Páhn konnte es keiner mehr recht machen. Dinstag sagte er dem Kollegen Friha, daß er ihm eine Partie schon gehärteter Feilen abgeben werde; gleichzeitg sagte er: „Daß Sie's nur wissen, am Samstag erhalten Sie und Páhl die Kündigung.“ Die anderen Kollegen erklärten sich solidarisch mit diesen Weiden, da

ste einestheils nicht sicher waren, ob bei den hart ausgebratenen Zeiten ihnen überhaupt auch die Arbeit noch aufgeschrieben werden würde, andererseits auch des Lohnsondierbleiben, wie bei Josef Böh, üblich wurde und auch andere Angehörigkeiten und Vorkommen. Kollegen! Wie Ihr seht, ist der Streik ein berechtigter und wir glauben demnach nicht unsonst an Euer Solidaritätsgesühl zu appellieren, wenn wir die Bitte an Euch stellen, uns in diesem Kampfe, der nur die Erhaltung geschäftsmäßiger Ordnung im Arbeitsverhältnis zum Zweck hat, moralisch und materiell zu unterstützen. Es sind im Ganzen 22 Mann, 3 Schleiher inbegriffen, welche auch Mitglieder der Organisation sind; darunter sind 12 Verfechter mit 24 Kindern und 10 ledig. Die Umstände sind für das Gelingen des Anstrebens günstig, die beiden Firmen sind nicht kapitalkräftig genug, um längere Zeit aushalten zu können. In kurzer Zeit muß der Kampf entschieden sein. Unsere Forderungen werden wir im nächsten Briefe oder durch die Zeitungen bekannt geben. Zuschriften sind zu richten an Josef Estermann, Dugonitzgasse 12, VIII. Bz. Budapest. Mit kollegialem Gruß zeichnen für das Komitee:

bei Josef Böh: Carl Auer, Anton Brandl, bei Heinz Böh: Joh. Pflügl, Franz Triba. Im Einverständnis der Hauptvertrauensmann: Josef Estermann.

**Potsdam.** Die reisenden Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß das Ausschauen hier nicht gestattet ist. Jeder Kollege erhält 50 A. Extragebühr, jedoch muß er mindestens 4 Wochen dem D. M. V. angehören. Arbeitsnachweis im Verbandslokal, wo auch das Geschenk ausbezahlt wird. Zumbinderbanden wird das Extrageschenk entzogen.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

In Nürnberg steht eine größere Bewegung der Formner zwecks Verhinderung der seitens der Stieherbetriebe geplanten Einführung des Atfordsystems bevor und haben die hierbei in Betracht kommenden Arbeiter (75 an der Zahl) in geheimer Abstimmung einstimmig beschlossen, weil das Atfordsystem bisher noch nicht in den dortigen Stieherbetrieben üblich war, die Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer aber keineswegs hinter anderen Betrieben desselben Berufes zurückstand, diese Forderungen mit aller Entschiedenheit, ebenmäßig durch einen Abwehrstreik, zurückzuweisen. Wir richten, da wir die Forderungen ebenfalls für vollausgerechtfertigt halten, das Ersuchen an die Mitglieder, diesen Kampf sowohl durch Aufbringung der Mittel als auch durch Fernhaltung des Zugangs energisch zu unterstützen.

Sobald machen wir darauf aufmerksam, daß mit Ablauf des Jahres wieder eine dreimonatliche Abrechnungsperiode schließt. Hinsichtlich der Aufstellung, der Revision derselben zu verweisen wir auf die diesbezüglichen Bestimmungen des Verhaltensreglements für die Ortsverwaltungen und Vertrauensmänner.

Gleichzeitig ersuchen wir diejenigen Mitglieder und Kollegen, die seiner Zeit Protokolle der ersten Generalversammlung in Altenburg bezogen, oder die von hier bezogenen später zum Vertrieb übernommen haben, umgehend über dieselben abzurechnen (so weit dies noch nicht geschehen) und zwar in der Weise, daß sie uns sowohl den Bestand der verkauften sowie die genaue Zahl der verkauften Protokolle angeben, und soweit dies noch nicht geschehen, umgehend den dafür gelöteten Geldbetrag einsenden, damit die Abrechnung über die Protokolle abgeschlossen werden kann.

- Folgende Mitgliedsbücher sind unglücklich und aufzuhalten:
- Nr. 38291 des Kesselschmiedes Albert Reichle, geb. zu Stuttgart am 13. Juli 1866.
  - Nr. 44708 des Schlossers August Glende, geb. zu Quadenbrunn am 9. April 1858.
  - Nr. 52584 des Drehers Richard Richter, geb. zu Chemnitz am 28. Februar 1872.

Das Gleiche gilt von den nachstehend aufgeführten Büchern, deren Nummern seiner Zeit von der Ortsverwaltung in Helmstedt irrtümlich geändert worden waren und deren Inhaber sich trotz wiederholter Aufforderung weder hier noch in Helmstedt gemeldet oder ihre Bücher zwecks Richtigstellung eingesandt haben.

- Num.-Nr.**
- 48151. Friedr. Wendorf, Klempner aus Weipenfeld.
  - 48152. Joh. Nicks, Schmelzer aus Farsleben.
  - 48153. Friedrich Nicks, Schlosser aus Helmstedt.

- Num.-Nr.**
- 48155. Max Kaltes, Schloss. a. Helmstedt.
  - 48156. Otto Schulz, Schloss. a. Salze.
  - 48157. Heinrich Ulrich, Gelbgießer a. Staßfurt.
  - 48158. Karl Kasten, Schlosser aus Wittschaffa.
  - 48159. Karl Klemke, Schloss. a. Söpsig.
  - 48162. Friedr. Störmer, Bergarbeiter aus Mansfeld.
  - 48166. Gust. Köhne, Klempner a. Tilsit.

Der bisherige Vertrauensmann zu Sagan in Schiefen, der Schlosser Robert Krause, geb. zu Bries in Schlefien am 17. Januar 1861, ist unter Witwenname der von ihm verwalteten Verbandsgelder, in Summa za. M. 17, spurlos verschwunden. Derselbe ist, sofern er sich irgendwo meldet, sofort dingfest machen zu lassen.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Verneise fern zu halten: **Fellenhauer von Cosabrück, Formner von Herfeld und Altruberg, Klempner von Altenburg, S. A., Deuben b. Dresden, Metallarbeiter aller Branchen von der Firma F. G. Barthels in Chemnitz, Mannheim, Helmstedt, Metallbrücker von Herolden u. Plangießer von Dresden.**

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

**Theodor Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21,1**

zu richten, und ist auf dem für Mitteilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegiertensteuer oder Generalkommissionsmarken ist. Mit kollegialem Gruß

**Der Vorstand**

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.**

**(G. S. 29, Hamburg.)**

**Sieghütte.** Am 30. Dezember v. J. halten die Filialen Siegen und Sieghütte der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse eine gemeinschaftliche Versammlung einberufen, um Stellung zu dem Bericht in Nr. 52 der „Metallarbeiter-Zeitung“ von der Versammlung zu Wangenberg bei Solingen zu nehmen. Sämtliche Mitglieder der beiden Filialen waren sich einig, daß für die hiesige Kasse unsere Kasse nur als Zuschußkasse betrachtet werden kann; sie würden eine Umänderung der Kasse in eine Hilfskasse dem § 75 entsprechend als Untergang der hiesigen Filialen betrachten. Dieses in Solingen zu erklären war der von uns gesandte Delegierte Nahm beauftragt, was von demselben hoffentlich geschehen ist. Bezüglich des Antrags, daß die Diäten von 8 M. zu viel wären, sind wir der Meinung, daß für einen verheirateten Genossen, welcher als Delegierter gewählt ist, diese festgesetzte Summe nicht zu viel ist, denn wenn er seinen Tagelohn atzucht, wovon seine Familie leben muß, so ist das Uebrige keinesfalls zu viel, um in einer fremden Stadt einigermaßen ordentlich auszukommen. Es wäre auch ganz gegen unser Prinzip, unsere Delegierten schlecht zu bezahlen. Ferner heißt es in dem Bericht, die drückenden Verwaltungskosten sollen wieder von 5 Prozent auf 3 1/2 Prozent herabgesetzt werden. In diesem Punkt halten wir es für angebrachter, daß je nach größerer Mitgliederzahl die Prozente herabzusetzen, denn eine Verwaltung von 300 Mitgliedern hat nach unserer Ansicht nicht drei Mal mehr Arbeit als eine solche mit 100. Und so waren die beiden Filialen sich einig, daß die Verwaltungsprocente von 100 zu 100 Mitgliedern herabgemindert würden. Es wäre wünschenswert und mit Dresden würden wir es begrüßen, wenn andere Filialen ihre Meinungen über unseren sowohl wie über den Solinger Artikel zum Ausdruck brächten.

Die drückenden Verwaltungsstellen Siegen und Sieghütte.

**Siegen.** Auf den Bericht von der Versammlung in Wangenberg bei Solingen in Nr. 52 dieser Zeitung habe ich zu bemerken, daß es gut gewesen wäre, wenn auf die Erklärung, wie es im Bericht heißt, daß der Verwaltungsapparat ein viel zu schwieriger ist, die Begründung dieser Behauptung, wie sie in der Versammlung vorgebracht wurde, mit hinzugefügt worden wäre. Da dieses nicht geschehen, erlaube ich mir Folgendes hinzuzufügen. Kollege Wasserloo war der einzige Vertreter, der das zu bekunden unternahm, dem Namen der Verwaltungsapparat in die Hände zu legen, in der Versammlung mit Behauptungen auf, für die er den Beweis schuldig blieb. Hätte Wasserloo die Gehälter der Vor-

standsmitglieder angesetzt, so wären die Anwesenenden jedenfalls anderer Meinung geworden sein, wenigstens die Gehälter der Vorstandmitglieder keine schlechten, sicherlich aber auch keine verschwendlichen sind, wie Wasserloo es zu denken machte. Auf die Behauptung, daß der Kongress in Weimar 70 000 M. gekostet, würde ich Herrn Wasserloo geantwortet haben, wenn ich diese seine Anschuldigungen genauer verstanden hätte, ich würde erst nach der Verlesung von mehreren Kollegen darauf aufmerksam gemacht. Ich hoffe, daß Kollege Wasserloo diese seine Behauptung hier öffentlich näher anspricht. Weiter vermissen ich in dem Bericht die Anfrage von Wasserloo, daß die Kölner Delegierten zwei Tage vor ihm abgereist seien, um 4. Klasse zu fahren, und so von der Klasse 2 Tage Diäten mehr in Anspruch genommen hätten, als wenn sie 3. Klasse gefahren wären. Ich erwiderte Kollegen Wasserloo, daß ich mich wunderte, daß jenes nicht schon früher von ihm in der Presse bekannt gegeben worden sei, damit sich die Kölner Delegierten dagegen hätten verantworten können. So erwarte ich, daß auf diese Veranlassung den Kölner Delegierten Gelegenheit gegeben ist, hierauf zu antworten.

**W. Naßm, Siegen.**

**An die Metallarbeiter der Provinz Hannover.**

Hierdurch zur Kenntnis der Metallarbeiter der Provinz Hannover, daß in der letzten Mitgliederversammlung des D. M. V., Ortsverwaltung Hannover, eine Agitationskommission gewählt wurde. Sämtliche Anfragen wegen Gründung von Bezirksvereinen und Sendung von Referenten zu Versammlungen sind zu richten an den Obmann oben genannter Kommission, Schlosser Wilhelm Seemann, Engelb. Fiedersdam 21, Hannover. **J. A. W. Hermann.**

**Aufruf an die Schläger Deutschlands!**

Der dritte deutsche Schlägerkongress hat beschlossen, es seien in allen Orten Deutschlands, wo Schläger vorhanden sind, Vertrauensmänner zu wählen. Es ergeht daher die Aufforderung, die Wahl solcher, wo sie bis jetzt noch nicht gewählt sind, sofort zu beschließen und die Namen in der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen. Die Vertrauensmänner haben die Pflicht, mindestens alle drei Monate einen Situationsbericht in der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen. Im Auftrage der Schläger Führer: **Jakob Horn, Vertrauensmann.**

**An die Metallarbeiter von Schleswig-Holstein-Lübbeck.**

Die geplante Agitationsreise des Kollegen Segitz kann vor Ort nicht ausgeführt werden. Diejenigen Orte, welche vor der Zeit eine Versammlung abhalten wollen, müssen diese selbst regeln. Gleichfalls ersuche ich, die Verbreitung der Flugblätter vorzunehmen. Mit kollegialem Gruß **G. Hüb,** Vertrauensmann der Metallarbeiter Schlesw.-Holst.-Lübbeck.

**Warnung!**

Die Firma Herr. Weissenburger u. Co. Feuerwehrrüstungen- und Metallwarenfabrik in Chemnitz in Württemberg, inseriert zu Ostern in Fach- und sozialdemokratischen Zeitungen zum Zwecke der Gewinnung von Arbeitskräften. Wir konstatieren hiermit, daß für diese Branche genug Facharbeiter, Metallbrücker, Gürtler etc. etc., am Platze vorhanden sind und daß es sich nur um Lohnhändler handelt. Wir ersuchen daher alle Kollegen, Zugang fern zu halten. Arbeiterblätter werden um gefällige Aufnahme dieser Warnung ersucht. Allgemeine Zustelle des D. M. V. **Chemnitz.**

**Enscheidungen des Reichsversicherungsamtes.**

Der Arbeiter Lohse hatte gegen die Versicherungsanstalt für Brandenburg einen Proceß wegen Bewilligung einer Rente eingeleitet. Dem Kläger fehlten 12 Mark, um die erforderliche Anzahl zu erreichen. Man ertheilte ihm den Rath, 12 Mark nachzusenden, was Lohse auch that. Hiermit war die Verlesung, welche zwar mal ein- und wieder, jedoch aber doch schließlich die Bescheid Nr. vom 27. März 1898 ab. Lohse verlangte jedoch die Bewilligung der Rente vom 6. Oktober 1892 und legte dem Reichsversicherungsamt ein. Im Termin vor dem Schiedsgericht beantragte der

Staatskommissar, dem Kläger die Rente zu entziehen, da 12 Mark zu wenig nachgeschickt worden seien. Das Schiedsgericht hielt den Antrag des Staatskommissars für begründet und entzog dem Berufungskläger die von der Versicherungsanstalt bewilligte Rente. Nach § 63 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes sei der Staatskommissar berechtigt, in jeder Lage der Verfabr. Anträge zu stellen. Das Schiedsgericht habe die Sache nochmals eingehend geprüft und gefunden, daß dem Kläger zu Unrecht die Rente bewilligt worden sei. Gegen diese Entscheidung legte der Kläger Revision beim Reichsversicherungsamt ein und bat um Wiederherstellung des Bescheides der Versicherungsanstalt. Das Reichsversicherungsamt hielt die Vorentscheidung für verfehlt und sprach dem Kläger die Rente wieder zu. Der Staatskommissar sei zwar berechtigt, Anträge zu stellen, aber auch er sei verpflichtet, Berufung in der gesetzlichen Frist einzulegen; letzteres sei indessen im vorliegenden Falle nicht geschehen. Das Schiedsgericht irrte daher, wenn es nach dem Antrage des Staatskommissars erkannte. Das Vorderntheil mußte mithin zu Gunsten des Klägers aufgehoben werden.

Ein recht eigenartiger Fall ist der folgende: D. war Arbeitgeber und Arbeiter; er besaß selbst eine kleine Wirtschaft und arbeitete auch für fremde Personen. Eines Tages hatte D. für einen anderen Landwirth Hoyer gemäht und ging gegen 7 Uhr Abends mit der Sense auf dem Rücken nach Hause. Ein drohendes Gewitter bewog ihn, noch schneller zu marschieren, um sein Häuschen zu erreichen. Plötzlich durchdrang ein großer Blitz die Luft, D. wurde geblendet, fiel in eine tiefe Grube und durchstieß sich mit der Sense die Sehnen der Beine. Die landwirtschaftliche Berufs-Genossenschaft lehnte jede Entschädigung ab, da nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit keine entschuldigungspflichtigen Betriebsunfälle seien. Das Schiedsgericht verurtheilte jedoch die Berufsgenossenschaft zur Rentenzahlung, da der Unfall lediglich durch die Sense, ein Betriebsgerät, verursacht worden wäre. Gegen diese Entscheidung legte die berufliche Berufsgenossenschaft Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein und beantragte Aufhebung der Vorentscheidung und Abweisung des Verfehltens. Die Wege von und zur Arbeit könnten nicht um bezweifeln, weil sie im weiteren Sinne die Arbeitsverrichtung ermöglichen, für Betriebsvorfälle crachtet werden. Sie seien vielmehr als Handlungen anzusehen, die nur zu dem Zwecke erfolgen um erst zu dem Betriebe zu gelangen und nach Beendigung desselben in's Privatleben zurückzukehren, keine Betriebsvorfälle. Das Reichsversicherungsamt erklärte die Ansicht der Genossenschaft für gewöhnliche Fälle als zutreffend; hier aber liege ein eigenartiger Fall vor, der zu einer anderen Auffassung Veranlassung gebe. Der Unfall sei hier durch das Betriebswerkzeug verursacht worden und müsse daher als Betriebsunfall angesehen werden, den die Berufsgenossenschaft zu entschädigen habe.

Der Maschinenist Holtz war in einer Dampfseilfabrik in Berlin beschäftigt, er hatte auch den Auftrag erhalten, die Abfälle und Spähne in der Fabrik zu sammeln, herauszuschaffen und dann zu verkaufen. Von dem Erlöse für die Spähne bekam Holtz ein Drittel, während der Prinzipal zwei Drittel erhielt. Verschiedene Arbeiter waren auf Holtz wegen seines Nebenkommens neidisch und haßten ihn gründlich. Eines Tages forderte Holtz einen Arbeiter Hartwig auf, ihm einen Stroh mit Spähnen tragen zu helfen. Da sich Hartwig weigerte, der Aufforderung des Holtz nachzukommen, so entstand ein Streit, in dessen Verlauf Holtz den Hartwig erklärte, er werde sich beim Prinzipal über Hartwigs Weigerung beschweren. Hartwig ging nun zu Thätlichkeit über und richtete mit Hilfe eines Arbeiters Werner den verhassten Holtz so zu, daß Letzterer mit drei gekrümmten Rippen den Krankenhaus verließ. Trotz dieser schweren Verletzung wurden die Arbeiter Werner und Hartwig nur zu je 50 A. Geldstrafe vom Schiedsgericht verurtheilt, da Holtz ein zänklicher Mann wäre. Sodann wandte sich der Richter an die Norddeutsche Lloyd-Versicherungsgesellschaft und bat um eine Unfallrente; die Versicherungsgesellschaft lehnte jedoch jede Entschädigung ab, da Holtz nicht durch den Betrieb, sondern durch Arbeiter verletzt worden sei. Hiergegen legte der Kläger eine sofortige Berufung beim Schiedsgericht ein. Sodann ergriß Holtz Rekurs an das Reichsversicherungsamt. Das Reichsversicherungsamt hob am 18. Dezember 1893 die Vorentscheidung als unrichtig auf und sprach dem Kläger die Rente zu. Der Senat war der Ansicht, daß ein Nebenkommen zwischen Holtz und Hartwig vorliege. Die Aufhebung der Spähne welche den Unfall zu Stande brachte, geschah im Interesse des Betriebes; es liegt mithin ein Betriebsunfall vor, den die Verlesung zu entschädigen habe.

Am 2. Mai 1892 war der Sohn des Fuhrherrn F. im Besitz, mit seinem mit Steinen beladenen Wagen eine Straße zu passieren. Er fuhr dabei vom Wagen und wurde überfahren. Es entstand ein bedeutender Anlauf, welcher eine Verkehrsstörung zur Folge hatte. Ein Dienstmann Wiltner erhielt von einem Schuhmann den Auftrag, das Fuhrwerk des Verletzten nach der Polizeiwache zu fahren. Wiltner, welcher diesem Auftrag nur widerwillig Folge leistete, hatte das Unglück, daß er ebenfalls vom Wagen fiel, überfahren und schwer verletzt wurde. Wiltner machte später Entschädigungsansprüche gegen die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft geltend. Letztere lehnte jedoch jede Rentenzahlung ab, da sie der Ansicht war, daß die Handlung, durch deren Vornahme Wiltner verunglückt ist, nicht im Interesse des Fuhrwerksbetriebes, sondern auf Anordnung eines Polizeibeamten im Interesse des öffentlichen Verkehrs geschehen sei. Mit seinem Appell an das Schiedsgericht hatte Wiltner auch kein Glück, dagegen ist, wie der „Führ.“ mittheilt, das Reichsversicherungsamt nach mehrmaliger Verhandlung zu einer dem Kläger günstigen Auffassung gelangt. Die Vorentscheidung wurde als unzutreffend aufgehoben und die Berufsgenossenschaft zur Rentenzahlung verurtheilt.

Entstehung über dieses Tauschwert, das nach plätschlicher Auslegung der Sachhaltigkeit der menschlichen Natur entstammt. Sowie sie sich an, es zu bekämpfen, so ergreifen sie in Verkenntung der wirtschaftlichen Ursachen des Uebels gerade Maßregeln, die es noch verschlimmern. Sie verstärken die Fesseln der heutigen Gesellschaftsordnung, deren Druck diese eiternden Wunden hervorgebracht hat. Demgegenüber erkennen die Vorkämpfer einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung ihre Aufgabe darin, durch gründliche und vorurtheilsfreie Forschung die tieferen Ursachen der Prostitution, wie auch aller anderen Gesellschaftsschäden aufzudecken. Sie kommen dann sammt und sonders zu dem Schluß, daß die Prostitution eng verknüpft ist mit der Grundorganik einer Gesellschaft, die Alles und Jedes künstlich zu machen sucht, und daß deshalb nur mit der Beseitigung dieser herrschenden Ordnung der künstlichkeit auch die künstlichkeit des Geschlechtsverkehrs beseitigt läßt. In diesem Sinne hat auch Genosse Zug die schwierige Frage der Prostitution in der vorliegenden Broschüre behandelt und ist zu dem gleichen Schluß gekommen.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

- Aachen. Samstag, 20. Januar, Mitgliederversammlung. Vorträge über: „Moderne und antike Sklaverei“. Referent: J. Salzw. Verschiedenes. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Altenburg. Sonnabend, 20. Januar, Jahlabend im „gold. Löwen“ und Abgabe der Bibliothekbücher. — Sonnabend, 27. Jan., Versammlung.
Augsburg. Sonntag, 21. Jan., Vorm. 10 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vortrag. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Berlin (Zentrale.) Den Mitgliedern des D. M. V. zur Kenntnis, daß seit 1. Januar in Berlin die Herberge und Ausgabung der Reiseunterstützung nach dem Zentrum der Stadt, Neue Friedrichstr. 20, zu stellen, verlegt wurde. — Des Weiteren haben sich im Laufe der Zeit beim früheren Bevollmächtigten Glück nachfolgende Mitgliedsbücher angesammelt, die von ihren Eigenthümern nicht abgeholt wurden. Dieselben werden hiermit aufgefordert, bei unterzeichnetem Bevollmächtigten ihre Bücher in Empfang zu nehmen:
Nr. 57125. Franz Witte, Feilenhauer, eingetret. am 1. Juli 1893 in Kistrin.

- Nr. 9117. Otto Krause, Former, eingetr. am 1. Aug. 1891 in Altenburg.
Nr. 39498. Paul Richter, Schlosser, eingetr. am 2. Aug. 1892 in Altenburg.
Nr. 54979. Herm. Saabach, Schlosser, eingetret. am 22. Juli 1893 in Offenbach a. M.
Nr. 48830. Karl Klatt, Uhrmacher, eingetr. am 23. Okt. 1892 in Freiburg i. Schl.
Nr. 34420. Osw. Simon, Schlosser, eingetr. am 9. Nov. 1892 in Guben.
Nr. 36071. Gust. Kirchner, Dreher, eingetr. am 19. Febr. 1892 in Essen a. R.
Nr. 15903. Arth. Zumber, Schlosser, eingetr. am 12. Nov. 1892 in Halle a. S.
Nr. 16491. Friedr. Zug, Schlosser, eingetr. am 15. Aug. 1892 in Heilbronn.
Nr. 62245. Ernst Ostermann, Schlosser, eingetr. am 16. Aug. 1893 in Kiel.
Nr. 58342. Karl Witrow, Schlosser, eingetr. am 17. Juni 1893 in Berlin.
Nr. 29981. William Worsdorf, Klempner, eingetret. am 13. Juli 1892 in Hauptvorst. Stuttgart.
Nr. 51418. Josef Schrödinger, Mechaniker, eingetret. am 11. März 1893 in Nürnberg.

Für die Verwaltungsstelle Berlin (Zentr.) Max Lange, SO. Annenstr. 32/VI.
Barnburg. Sonnabend, 20. Januar, Jahlabend bei Grote. Schluß wichtiger Besprechung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.
Günzlan. Sonnabend, 27. Jan., Abds. halb 9 Uhr, in den „3 Kronen“, Einziehung der Beiträge und Ausgabe der Karten zu dem am 3. Februar stattfindenden Maskenball.
Crimmitschau. Sonnabend, 27. Jan., Abends von 8-9 Uhr, im Vereinslokale, Akerl's Herberge, Zahlen der Beiträge. Nächster Vortrag über „Die politische und gewerkschaftliche Organisation“.
Pössa. Sonnabend, 27. Jan., Abds. 8 Uhr, Generalversammlung der Einzelmitglieder des D. M. V. von Pössa und Umgebung. L. O.: Neuwahl des Vertrauensmannes. Verschiedenes.
Eilversfeld. Samstag, 27. Jan., Versammlung. L. O.: Vortrag über die Gewerbesordnung und die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen. Abrechnung vom Eilversfelder Tagen.

Erfurt. Sonnabend, 20. Jan., Mitglieder-Versammlung. L. O.: Vortrag „Der Weltuntergang“, nach Falb. Referent: Ger. Krause. — Gleichzeitig werden diejenigen Mitglieder, welche ihr Mitgliedsbuch zur Revision noch nicht eingereicht haben, ersucht, dieselben in die Versammlung mitzubringen. — Diejenigen Mitglieder, welche mit Beiträgen, Extrastimmern, sowie Zeitungsgehalt im Rückstande sind, werden an ihre Pflichten erinnert.

Frankenthal. Samstag, 20. Jan., bei Kessler, Speyererstr., Versammlung. L. O.: Beitragserhebung. Aufnahme neuer Mitglieder. Abrechnung von der Weihnachtsfeier. Vortrag über die Entwicklung des Privatgewerkschaftswesens. Einziehung eines Schreibs. Wegen der reichhaltigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.

Frankfurt a. M. Samstag, 20. Jan., Abds. halb 9 Uhr, im „Nebstod“, Krugg. 4, gemeinsame Ortsversammlung. L. O.: Geschäftliches. Die Thätigkeit des Gewerbegerichts Frankfurt im Jahre 1893. Nominierung von Kandidaten zu demselben. Bericht und Neuwahl der Bibliothekare. Verschiedenes.

Gießen. Sonnabend, 27. Jan., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Göppingen. Sonntag, 21. Jan., Vorm. halb 10 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal, „Hirsch“ (unteres Nebenzimmer). Tagesordnung im Lokal.

Görlitz. Sonnabend, 27. Jan., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Hellmann, Langenstr. 48.

Hilf. Mittwoch, 24. Jan., Abds. 8 Uhr, in den Zentralsälen, Alte Meise 8, Mitglieder-Versammlung. L. O.: Aufnahme. Vortrag. Bericht der Statistikkommission. Fragekasten und Verschiedenes.

Hof. Sonntag, 21. Jan., Vorm. halb 11 Uhr, Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. — Die rückständigen Bücher aus der Bibliothek müssen dort unbedingt abgeliefert werden.

Karlsruhe. Samstag, 27. Jan., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Stallenbach, Kaiserstr., alte Br. Ged. L. O.: Einziehung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag, „Die Reformmation“. Verschiedenes und Fragekasten. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Marktredwitz. Sonntag, 21. Jan., Generalversammlung. L. O.: Neuwahl der Ortsverwaltung. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt notwendig. Mitglieder, die länger als 8 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind und dieselben nicht begleichen, werden rückständig erklärt.

Mercen. Sonnabend, 20. Jan., Abds. 8 Uhr, Hauptversammlung in der „Stadt Dieben“. Tagesordnung im Lokal. Wegen Kontrolle der Mitgliedsbücher werden die Mitglieder ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Münster. Freitag, 26. Jan., Mitglieder-Versammlung bei Kellermann, Bionerstr. L. O.: Beitragszahlung. Aufnahme neuer Mitglieder. Abrechnung vom 4. Quartal. Bericht vom Gewerkschaftsrat. Verschiedenes. Fragekasten. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.

Nürnberg. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 27. Jan., Abds. punkt 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Sächsischen Hof“. L. O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag. Verschiedenes. Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht. — Die Wohnung des Bevollmächtigten, Theodor Hellwarth, ist: Sulzbacherstr. 37. Meldungen über etwaige Unregelmäßigkeiten wolle man direkt an den Bevollmächtigten gelangen lassen oder in der Mitglieder-Versammlung bekannt geben.

Oberrad. Montag, 22. Januar, Mitglieder-Versammlung im „Gasthaus zum Launus“. Tagesordnung im Lokal. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Offenbach a. M. Montag, 22. Jan., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. L. O.: Vortrag. Jahresrechnung. — Die Kollegen werden ersucht, die aus der Bibliothek entliehenen Bücher mitzubringen. — Unregelmäßige Zustellung der Zeitung bittet man unverzüglich bei dem Vorstehenden Ludw. Dönges, Gießh.-Waldstr. 38, zu melden.

Potsdam. Sonntag, 21. Januar, Nachm. 3 Uhr, im „Bergkeller“ zu Schwettdorf, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. L. O.: Vortrag. Rechenschaftsbericht vom 4. Quartal. Jahresbericht. Neuwahl des Vertrauensmannes und dessen Stellvertreter. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Reudoburg. Sonnabend, 20. Januar, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. L. O.: Beitragszahlung. Zurückgabe der Mitgliedsbücher. Wahl der Vertrauensleute in die Kontrollkommission. Stiftungsfeier. Abrechnung vom 4. Quartal 1893. Sonstiges. — Hiermit wird nochmals bekannt

gegeben, daß die Mitglieder-Versammlungen jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. eines jeden Monats stattfinden. — Die Wohnung des Bevollmächtigten Stieh ist von jetzt ab Ritterstr. 8, hinten.

Reutlingen. (Allg.) Samstag, 20. Jan., Abds. 8 Uhr, Hauptversammlung im neuen Lokal von A. Engel, „zum Gerberthor“. L. O.: Einzahlung und Aufnahme. Vortrag von Gen. Knecht, „Die Alters- und Unfallversicherung“. Weiteres im Lokal.

Schwab. Gmünd. Sonntag, 21. Jan., Nachm. 2 Uhr, Generalversammlung im „Gasthaus zum Löwen“. L. O.: Protokollberichtigung. Kassenbericht. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung. Einziehung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. Die Mitgliedsbücher sind behufs Kontrolle mitzubringen.

Schwelm. Sonntag, 21. Jan., Abends 6 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. L. O.: Beitragszahlung und Aufnahme neuer Mitglieder. Regelung des Zeitungsabens. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlicher als bisher zu erscheinen.

Sieboldsbrunn. Sonntag, 21. Januar, Nachm. 8 Uhr, Generalversammlung im Lokale von Joh. Bübbens's Wwe. L. O.: Abrechnung. Vorstandswahl. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Soran. Sonnabend, 20. Jan., Abds. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schmidt, Kleberstraße, außerordentliche Generalversammlung. L. O.: Neuwahl der Ortsverwaltung. Rechnungslegung. Verschiedenes. Zu dieser Versammlung werden die Mitglieder ersucht, recht zahlreich zu erscheinen; möge sich Jeder zur Pflicht machen, dem Verbande so viel wie möglich Mitglieder zuzuführen.

Stuttgart. (Allg.) Sonntag, 21. Jan., Abds. 5 Uhr, gesellige Unterhaltung im „Gasthaus zum Ritter“, wozu die Mitglieder freundlichst eingeladen sind.

Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 20. Jan., bei Bogner, Christophstr., Mitglieder-Versammlung. L. O.: Einzahlung und Aufnahme. Vortrag von H. Stern über „Sozialdemokratische Religionsphilosophie“. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Welsch. Samstag, 20. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei Wwe. Lotterheidt, Neustr., Versammlung. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.

Wienig. (Fachverein der Metallarbeiter.) Sonnabend, 20. Jan., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung im Lokal. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.

Anzeigen.

Nachruf. Am 5. Januar verstarb durch Unglücksfall unser Mitglied, der Schlosser Paul Neumann im jugendlichen Alter von kaum 18 Jahren. Indem wir sein Andenken ehren, rufen wir ihm ein „Ruhe sanft“ nach. Die Einzelmitglieder des D. M. V. von Greiz i. B. Am Dienstag, 2. Januar, starb unser langjähriger, treues Mitglied Karl Dellinger. Ehre seinem Andenken. Verwaltungsstelle Stuttgart.

Aufforderung. Der Schlosser Carl Gerold aus Glauchau, Buch Nr. 66281, wird ersucht, uns seine Adresse mitzutheilen. Wir ersuchen die Ortsverwaltungen und Kollegen, falls ihnen dieselbe bekannt ist, um Mittheilung. — Der Schlosser Otto Basy aus Dittersdorf wird ersucht, uns seine Buchnummer anzugeben. Emil Klopfer, Vertrauensmann, Meerane, Philippsstr. 17.

Wer über den Aufenthalt des Sammedesgefallen Paul Bisker aus Röhningen in Preußen, Auskunft ertheilen kann, den bitte ich, mir dessen Adresse mitzutheilen. Gregor Polke, Frankenthal, Giesbartsenstr. 15.

Wir bitten das Verbandsmitglied Ludwig Stiegler, Spengler, um seine Adresse, einer wichtigen Mittheilung wegen, zukommen zu lassen. Octoverw. Freiburg i. Br.

Ein Zeilenstreifer (deutsch) wird sofort gesucht. F. Githoff, Rostock.

Um in jeder Arbeit tüchtiger Zeilenhauer sucht seine Stellung. Näheres bei Frau Hanjoch, Wachen, Jacobsstr. 169.